

Gerd Eisenbeiß

Leserbriefe

Der Autor der folgenden Leserbriefe, im Zeitraum seit 2000 vorwiegend an die Süddeutsche Zeitung gesandt, ist intensiver Zeitungsleser. Beruflich war er vorwiegend mit Forschungs- und Energiepolitik befasst. Die Arbeit in Ministerien, in Gremien der EU und an der Spitze großer Forschungszentren brachte ihn auch mit vielen anderen Politikbereichen in Berührung. Auf dieser Grundlage versuchen die Leserbriefe, sich immer wieder mit Kritik und Vorschlägen einzumischen in kontroverse Themen der Gesellschaft.

Andere Schriften des Autors umfassen politische Analysen, kurze Geschichten, Glossen und kleine Gedichte sowie das Kinderbuch „Jonathan“.

Manches davon ist auf www.amrehsprung.de zu finden.



Inhalt

TTIP ARBEITSPLÄTZE	4
SHARE ECONOMY	5
GREXIT JA, ABER HELFEN!	5
PUTIN WEIß, DASS NIEMAND RUSSLAND BEDROHT	6
EU TÖTET NICHT!	6
MAUT	7
TARIFEINHEIT	8
TTIP	8
KRIEGSSCHULD 1914	9
VERBRAUCHERTÄUSCHUNG BEIM ÖKOSTROM	9
TTIP: SPIONAGE RUINIERT FAIRNESS	10
TÜRKEI UND EU-AUßENGRENZEN	10
THEOLOGIE IST KEINE WISSENSCHAFT	11
SYRIEN	11
DESERTEC	12
JOBGARANTIE	13
ELEKTRO-AUTOS	13
ISRAELS SIEDLUNGEN	14
DROGEN-PROHIBITION ABSCHAFFEN	14
MANAGERGEHÄLTER	15
SOLARSTROM	16
SCHULDENKRISE	16

KERNENERGIE-STILLLEGUNG	17
RATING-AGENTUREN	18
CSU UND ISLAM	18
MEISNERS NAZIS	19
ISRAELS SIEDLUNGSPOLITIK	20
GEGEN VOLKSENTSCHEIDE	20
ÜBERFLÜSSIGE LÄNDER	21
ENERGIE UND LEISTUNG	22
KLIMASCHUTZ IN KOPENHAGEN	22
FRANZÖSISCHER KLIMASCHUTZ	23
DEN SCHULDEN STEHEN GLÄUBIGER GEGENÜBER	24
BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN	24
ALLE RELIGIONEN FALSCH	25
LOHNGLEICHHEIT FÜR FRAUEN	26
SCHRECKNISSE DER BIBEL	26
NACHHALTIGKEIT UND GOTTVERTRAUEN	27
DROGENFREIGABE	28
MINDERHEIT FÜR NIEDRIGERE STEUERN	29
MONDGLÄUBIGKEIT	29
KERNENERGIE UND SPD	29
MANAGERGEHÄLTER	30
MITTELALTER DAUERT AN	31
GRENZEN DER KRAFT-WÄRME-KOPPLUNG	32

STAATSSCHULDEN	33
SPRENGKRAFT VON STAATSSCHULDEN	33
PARTEISPENDEN VON UNTERNEHMEN	34
IRISCHE VOLKSABSTIMMUNG ZU EU	35
WASSERSTOFFMISSVERSTÄNDNISSE	35
KIRCHENAUSTRITTE	36
SAUBERE AUTOS	36
HOHE QUOREN FÜR VOLKSBEFRAGUNGEN!	38
NAZI-SCHULD VON FIRMEN	39

TTIP ARBEITSPLÄTZE

erschienen am 8.10.2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum **Malmström-Interview in SZ vom 5.10., S. 20** zu TTIP möchte ich bemerken:

„Frau Malmström wiederholt die Halbwahrheit ‚Natürlich bringt TTIP viele Jobs‘. Mehr internationaler Handel, wie ihn TTIP bringen soll, ist zuallererst eine Maßnahme der Kostensparnis für die Unternehmen, also eine Rationalisierung. Das führt primär zu einem Verlust an Arbeitsplätzen, wenn nicht Verbrauchswachstum diese Verluste kompensiert. Das ist in vielen Fällen tatsächlich mit Wohlstandsgewinnen gelungen und **kann** auch wieder passieren. Die von Frau Malmström und anderen auch in der Bundesregierung behauptete quasi automatisch positive Arbeitsmarktbilanz ist so wenig wahrscheinlich oder gar sicher wie die Beschäftigungseffekte, die uns einst bei der Änderung der Ladenschlusszeiten als Bär aufgebunden wurden.“

Mit freundlichen Grüßen

Dr.-Ing. Gerd Eisenbeiss, 5. 10. 2015

erschieden am 14.08.2015

Zum Beitrag „Großer Hype ums Teilen“ in VDI-Nachrichten vom 1. August 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Darstellung der neuen Formen des Teilens fehlt meines Erachtens ein wesentlicher Aspekt:

Wenn das Teilen von Maschinen, Wohnungen etc Geld und Ressourcen spart, heißt das noch lange nicht, dass es zur Nachhaltigkeit beiträgt. Es kommt nämlich darauf an, was mit dem gesparten Geld, bzw. dem verdienten Zusatzeinkommen geschieht. Wenn man damit nach Sri Lanka jettet und dort saftige Steaks aus dem schottischen Hochland mit gutem französischem Wein hinunterspült, hat die Umwelt verloren und nicht gewonnen. Ein Forschungsprojekt wie i-share braucht man dafür nicht.

Dass die aus dem Teilen gewonnenen Einkommenszuwächse ökologisch neutral eingesetzt werden, ist so unwahrscheinlich, wie bei anderen Einkommensteilen auch. Nicht Nachhaltigkeit, sondern mehr Wachstum ist die Folge der share-economy, solange die Produktivitätsgewinne nicht zur Arbeitszeitverkürzung genutzt werden.

Mit besten Grüßen

Dr.-Ing. Gerd Eisenbeiss, 1.08.2015

nicht erschienen

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum **Beitrag in SZ vom 15.07., S. 4** „Wer hat die Deutschen zum Richter bestellt“ von H. Prantl:

„Ich empfinde es als unfaire Diffamierung der Griechenlandpolitik seitens der Gläubiger-Staaten, wie eine Politik, die auf der Einhaltung gemeinsam beschlossener Regeln und Verträge beharrt, auch in diesem Prantl-Beitrag kommentiert wird, als kommandiere da jemand „von Gottes Gnaden“. Jede bisherige „Rettung“ Griechenlands hat die dem Euro zugrundeliegenden, von allen vereinbarten Regeln verbogen; auch die jetzige Rettungsaktion wird trotz der nun akzeptierten Vertragsverletzungen insofern scheitern, als Griechenland die Bedingungen nicht wird erfüllen können. Schon bald werden die parlamentarischen Mehrheiten fehlen, den sozialen Konsens in der griechischen Gesellschaft gibt schon gar nicht. Selbst beschlossene Gesetze werden wie bisher wegen des sozialen Widerstands nicht umgesetzt werden. Also wird 2018 alles so sein wie letzte Woche – nur mit noch höherem Schuldenberg. Derweil werden viele Bürger ärmerer EU-Staaten wütend feststellen, dass ihnen niemand den griechischen Lebensstandard finanziert.

Ich hatte gehofft, dass der erschlichene Euro-Status Griechenlands endlich beendet wird, und insbesondere wir Deutschen dann mit viel Geld beim Neubeginn helfen – wohlgermerkt

viel geschenktem Geld, nicht neuen „Darlehen“, die die schon überzogene Schulden­tragfähigkeit des Landes auf absurde Weise weiter überfordern. “

Mit freundlichen Grüßen

Gerd Eisenbeiss, 15.07.2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

nicht erschienen

zum **Beitrag in SZ vom 22.05., S. 2** „Nachbar Putin“ von Stefan Kornelius ist hinzuzufügen:

„Nicht nur die Amerikaner spionieren, sondern sicher nicht weniger intensiv und erfolgreich die Russen. Daher hat Putin ein klares Bild von der EU, ihrer Friedfertigkeit gegenüber Russland und ihrer militärischen Schwäche. Er lügt also wider besseres Wissen, wenn er seinen Untertanen eine Bedrohung als Grund für zunehmende Freiheitsbeschränkung sowie die propagandistischen und militärischen Aufrüstung vorgaukelt.“

Mit freundlichen Grüßen

Gerd Eisenbeiss, 23.05.2015

nicht erschienen

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum **Beitrag in SZ vom 18.04., S. 2** „Diese Union tötet“ von Heribert Prantl und vielen ähnlichen, gut gemeinten Empörungen möchte ich empört zurufen:

„Nicht die EU tötet, sondern jene, die von den Ausgangsstaaten unbehelligt Menschen zu hohen Preisen auf unzulängliche Boote bringen.

Aber ich möchte auch keinen Flüchtlings-Artikel mehr lesen, der nicht den Mut aufbringt zu erläutern, dass es nur die eine grundsätzliche Alternative zur gegenwärtigen Praxis gibt, nämlich alle nach Europa drängenden Menschen an den Küsten Afrikas abzuholen. Denn würde die EU nicht alle abholen, würden die Zurückgewiesenen doch wieder in die morschen Kähne der Helfer/Schlepper steigen. Allein die oft geforderte Durchlässigkeit der Grenzen von Ceuta und Melilla würde den Außengrenzen der EU keinerlei Bedeutung belassen.

Würde die EU alle Immigrationswilligen sicher nach Europa bringen, gäbe es für zig Millionen freie Bahn, der Armut ihrer Herkunftsregionen zu entkommen. Natürlich müsste die EU den Flüchtlingen den oft tödlichen Marsch durch die Sahara ersparen und sie bereits südlich der lebensgefährlichen Sahara/Sahel-Zone abholen und nicht erst an der Küste abwarten, wie viele den Marsch überleben.

Die Folgen so offener EU-Grenzen sollte kein kluger Journalist wie Heribert Prantl verdrängen, sondern analysieren und den Lesern vor Augen führen.“

Mit freundlichen Grüßen

Gerd Eisenbeiss, 18.04.2015

nicht erschienen

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum **Beitrag in SZ vom 22.12., S. 4** „Brüsseler Spitzen“ und zum Kasperle-Thema **Maut** möchte ich bemerken:

„Ohne auf all die Absurditäten einzugehen, die mit der Seehofer/Dobrindt-Maut verbunden sind, wird meines Erachtens die Verfassungswidrigkeit eines Details im Regierungsvorschlag übersehen: es ist die völlig unbegründete Schlechterstellung deutscher Autofahrer gegenüber Ausländern beim Benutzen von Bundesstraßen. Mit welchem Recht fordert man vom deutschen Autofahrer eine Bundesstraßen-Maut, von Ausländern aber nicht? Hier wird dem deutschen Volk Schaden zugefügt, den die Regierung doch nach ihrem Eid verhindern sollte.

Man komme mir nicht mit dem Argument, der Bundesbürger werde ja bei der KFZ-Steuer entlastet. Da hat die Regierung ja Brüssel gegenüber versichern müssen, das eine habe mit dem anderen nichts zu tun.

Ich wundere mich seit den letzten Verrenkungen des Herrn Dobrindt, warum dies ignoriert wird.

Sollte die CSU bei Scheitern der Maut alternative Ideen zum Schröpfen ärmerer Nachbarn suchen, so käme eine besondere Ausländerabgabe bei Nutzung deutsch-subventionierter Infrastrukturen und Einrichtungen, also etwa der Bahn und öffentlicher Toiletten- oder Opernhäuser in Frage“

Mit freundlichen Grüßen

Gerd Eisenbeiss, 23.12.2014

Erschienen am 17.11.14

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu verschiedenen Artikeln, z.B. **Beitrag in SZ vom 10.11., S. 18** „Gute Regeln für den Streik“ möchte ich bemerken:

Plädoyers gegen **Tarifeinheit** in einem Betrieb, bzw. eine Berufsgruppe im Betrieb sind unverständlich, weil viele Arbeitnehmer in keiner Gewerkschaft sind. Beispiel Zugbegleiter und Lok-Führer: welchen Tarif bekommen diejenigen, die weder in der GDL noch in der EVG organisiert sind, wenn sich beide Vereinbarungen unterscheiden? Bekommen diese Arbeitnehmer dann den besseren oder den schlechteren Tarif? Oder gar keine Verbesserung? Schon deshalb ist die Tarifeinheit gesetzlich zu erzwingen, auch wenn dafür das Grundgesetz geändert werden muss.

Und wer bleibt schon in der „schlechtere“ Gewerkschaft, wenn er durch Übertritt mehr Geld bekommt? Das führt doch zum Dauerwettbewerb zwischen den Gewerkschaften zulasten der Betriebe!

Ich wundere mich seit Beginn der Diskussion, warum dies zentrale Problem von allen ignoriert wird.

Mit freundlichen Grüßen

Gerd Eisenbeiss, 11.11.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum **Beitrag in SZ vom 11. 8., S. 15** „Der Streit um das TTIP-Abkommen“ möchte ich bemerken:

Marktwirtschaft ist eine staatliche Veranstaltung! Das bedeutet, dass staatliche Regeln und Rahmen gelten müssen, um schlimme soziale und ökologische Fehlentwicklungen zu vermeiden. Die Globalisierung hat schon jetzt viele Märkte von solchen Regeln und Rahmen befreit; die Fehlentwicklungen sind zu einer Bedrohung der Lebensbedingungen auf unserem Planeten geworden. Das Völkerrecht hechelt fast wirkungslos hinterher. Vor diesem Hintergrund ist das verheißene Zusatzwachstum rund um den Nord-Atlantik purer Zynismus gegenüber allen Sonntagsreden über nachhaltige Entwicklung.

Europa hat mit der EU eine historisch notwendige Teillösung gefunden, wenigstens dem gemeinsamen Markt soziale und ökologische Grenzen zu setzen; das Projekt ist nicht vollendet, eher in einer gefährlichen Überzeugungs-Krise – auch weil es geographisch viel zu früh überdehnt worden ist.

TTIP gefährden zusätzlich das Gelingen des europäischen Projektes, weil sie den gemeinsamen Markt um 300 Mio. Menschen ausdehnen, die deutlich andere Wertvorstellungen haben und ihren Gesetzen zugrunde legen.

Mit TTIP ruinieren wir die Kernidee Europas, nämlich durch Gemeinsamkeit zu globalem Einfluss zu kommen. Trotz aller Schwierigkeiten, jeweils gemeinsame Regeln zu setzen, schaffen wir es gerade noch. Wenn künftig Regeln und Änderungen mit den USA abgestimmt werden müssen, wird die EU-Gemeinsamkeit gesprengt, bevor sie richtig funktioniert; denn das wird ja gerade der Hebel der USA sein, die unterschiedlichen Interessen der EU-Staaten zum eigenen Vorteil auszunutzen. England freut sich schon auf den mächtigen, kapitalistisch-marktliberalen Verbündeten im Binnenmarkt.

Ich bin ein Freund Amerikas und denke, die Vereinheitlichung von PKW-Außenspiegeln wird auch ohne TTIP gelingen.

Mit freundlichen Grüßen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Noch nicht erschienen, aber von Münkler zustimmend beantwortet

zum **Beitrag in SZ vom 20. 6., S. 12** „Neuentdeckung des Ersten Weltkriegs“ von Prof. Münkler möchte ich bemerken:

„Abgesehen von den wahrscheinlich berechtigten Bemerkungen Münklers zur Schuldfrage von 1914 war der Krieg von 1914 nur à posteriori etwas Besonderes: bis 1914 waren Kriege in der Welt dynastisch definierter Staaten ein Teil politischer Normalität. Wer anderen etwas wegnehmen, ein Erbe beanspruchen oder Kolonien auf anderen Kontinenten erobern wollte, schickte Soldaten, siegte oder verlor den Kampf. Eine Kriegsschuldfrage gab und gibt es da nicht trotz des vielen und oft grausamen Unrechts, das dabei verübt wurde.“

Der Krieg von 1914 wird wahrscheinlich anders diskutiert, weil er sich wegen der furchtbaren, erstmals eingesetzten Waffen (Flugzeugen, Giftgas etc) und seiner Dauer als eine Größenordnung schrecklicher entwickelte als die Kriege zuvor. Bei Kriegsbeginn dachten wohl die Beteiligten an einen ganz „normalen“ Krieg wie viele zuvor. Erst das sich entwickelnde Grauen machte den Krieg zu etwas Neuem, einem „grande guerre“ oder „Weltkrieg“. Münkler hat deshalb Recht, wenn er die Schuldfrage von 1914 für eine geschichtspolitische Angelegenheit hält und die wichtigere Frage stellt, warum die Politik so tragisch versagt hat, den Krieg früher zu beenden.“

Mit freundlichen Grüßen

Gerd Eisenbeiss, 23.06.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

nicht erschienen

zum **Beitrag in SZ vom 17. 3., S. 17** „Das große Missverständnis“ von M. Bauchmüller möchte ich in argumentativer Kürze bemerken:

„Endlich merkt auch die Wirtschaftsredaktion der Süddeutschen Zeitung, welcher Unfug im Umfeld der Energiewende geglaubt, aber auch betrieben wird. Insofern ist der Beitrag von M. Bauchmüller nicht konsequent genug: die gesamte Strom-Kennzeichnung ist Unsinn; der Strom kommt immer aus der nächsten verfügbaren Quelle – egal, wofür man bezahlt. Allein entscheidend für den erwünschten Fortschritt bei der Energiewende ist der Zubau von erneuerbaren Stromquellen in Deutschland samt der Netz- und Speicherinvestitionen zur Sicherung der Versorgungssicherheit. Die Kennzeichnung von fiktiven „Stromarten“ bläht nur die Buchhaltungen und die Kosten auf, Ressourcen, die beim Fortschritt der Energiewende dringend gebraucht würden.“

Mit freundlichen Grüßen

Gerd Eisenbeiss, 17.03.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

nicht erschienen

zum **Beitrag in SZ vom 12. 2., S. 21** „Bitte keine Drohkulisse“ von Herrn Ulrich Grillo möchte ich in argumentativer Kürze bemerken:

Die EU-USA-Verhandlungen über ein Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) müssen schon deshalb unterbrochen werden, weil ein begründeter Verdacht besteht, dass die USA die EU-Verhandlungsdelegation ausspäht. Faire Verhandlungen sind schließlich unmöglich, wenn ein Partner die Verhandlungsstrategie der Gegenseite im Vorhinein kennt. Das Ergebnis kann also nur nachteilig für Europa sein.

Mit freundlichen Grüßen

Gerd Eisenbeiß, 12. 2.2014

Erschienen am 17. 2. 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum **Beitrag in SZ vom 21. 1., S. 2** „Der Poltergeist....“ von Frau Schlötzer möchte ich in argumentativer Kürze bemerken:

So sehr die Entwicklung in der Türkei weg von Rechtsstaatlichkeit und möglicherweise auch Demokratie zu bedauern ist, so hat sie doch ihr Gutes: sie verhindert hoffentlich den historischen Irrweg, der EU eine Außengrenze und Nachbarschaft mit Iran, Irak und Syrien zu verschaffen.

Mit freundlichen Grüßen

Nicht erschienen

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum **Beitrag in SZ vom 29. 11., S. 4 und 6** „Ein Streit, der sich lohnt“ und „Glaubensstreit an der Uni“ von M. Drobinski möchte ich bemerken:

Nichts gegen eine Parallelität islamischer und christlicher Theologie, aber bitte nicht an wissenschaftlichen Hochschulen. Theologie betreibt und bietet keine Wissenschaft, sondern von vorwissenschaftlicher Grundhaltung geprägte Ausbildung in Schriftkunde und Apologetik. Die Studenten sollen lernen, ihren Glauben zu vermitteln und zu verteidigen. Das hat mit Wissenschaft nichts zu tun und gehört deshalb nicht an eine Universität mit vorurteilsfreier Forschung und Lehre.

Mit freundlichen Grüßen

Gerd Eisenbeiß, 29.11.2013

Nicht erschienen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Vor roten Linien ist zu warnen; es darf keinen Automatismus des Krieges geben! **Stefan Kornelius‘ an sich differenzierter Beitrag in SZ vom 26. 9.** bricht die eigene Argumentation, wenn eine fette Zwischenzeile sowie sein Resümee verkünden „Handeln ist jetzt unumgänglich, notfalls auch militärisch“. Ich bin kein Pazifist, aber Syrien rechtfertigt nicht einen toten Amerikaner oder Europäer, ob „nur“ Pilot oder Soldat.

Alternative 1, der möglicherweise verlustarme Einsatz westlicher Luftwaffen löst kein Problem, weder den Chemiewaffeneinsatz noch sichert er den Sieg einer demokratisch-rechtsstaatlichen Ordnung (siehe Libyen).

Alternative 2, eine überwältigend starke Streitmacht zwingt alle kämpfenden Gruppen zur Feuereinstellung und Abgabe ihrer Waffen mit anschließender Mandatsverwaltung Syriens (Beispiel Bosnien-Herzegowina). Die Folge: bald werden die viele Syrer, Araber und möglicherweise Muslime die Besatzungstruppen bekämpfen (Beispiel Irak, Afghanistan), insbesondere wenn die verhassten Amerikaner dabei sind. Und wieso überhaupt Amerika? Wer hat die denn zum Weltpolizisten ernannt oder gewählt? US-Interventionen haben noch nie ein Problem gelöst (nicht einmal in Somalia) oder den Westen beliebter gemacht. Überhaupt haben „christliche“ Truppen in muslimischen Ländern keine Akzeptanz, auch nicht als Befreier. Wer also soll die Ordnung in Syrien herstellen? Fundamentalistische Monarchien von der arabischen Halbinsel, Putschgeneräle aus Ägypten oder Mullahs aus Iran?

Also bleibt nur Alternative 3, so schmerzlich sie ist: der Westen verurteilt diplomatisch, aber tut nichts Militärisches. Wer jetzt nicht aushält, nur zuschauen zu müssen, wird später nicht aushalten, mitten im syrischen Chaos zu stehen.

Wenn es kein erreichbares Friedensziel gibt, hat eine Intervention zu unterbleiben.

Dr. Gerd Eisenbeiß, 26.8.2013

am 15. Juli 2013 erschienen

Sehr geehrte Redaktion,
zum wiederholten Male berichtet die SZ reißerisch von Querelen bei DESERTEC/DII.

"Da ich in meinem Leben viel für erneuerbare Energien und auch die Technik der solarthermischen Kraftwerke getan habe, im Forschungsministerium, im DLR, als Berater etc, wage ich eine Klarstellung Solarkraftwerke können wie alle erneuerbaren Stromquellen nur dann gebaut werden, wenn jemand die unwirtschaftlichen Mehrkosten trägt. Die DESERTEC-Idee ist seit 30 Jahren, dass die Europäer, vorzugsweise die Deutschen, diese Mehrkosten tragen; erst seit wenigen Jahren lässt die

EU-Rechtsordnung für erneuerbare Energien zu, dass solche Solarstromimporte anrechenbar sind auf die jeweilige Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zu bestimmten Mengen an erneuerbarem Strom bis 2020, vorausgesetzt es gibt eine Transportleitung für diesen Strom bis an die Grenze der EU.

Es ist also nicht Sache von DII, sondern von EU-Mitgliedsstaaten, ihre Stromverbraucher zum Erwerb dieses Stroms zu kostendeckenden Preisen zu zwingen, wie dies durch das EEG in Deutschland auch für anderen erneuerbaren Strom gilt. Die Staaten, nicht die Energieindustrie entscheiden über solche gesetzliche Regelungen; dabei berücksichtigen sie, ob der Importstrom billiger wäre als erneuerbarer Strom vom eigenen Territorium. Bisher hat meines Wissens noch kein Staat "Hier" gerufen; man fürchtet noch höhere Strompreise und wohl auch die Instabilität arabischer Verhältnisse.

Im Übrigen ist Tobias Zick zuzustimmen, dass es ökonomisch und ökologisch (auch beim Klimaschutz) viel besser ist, den "Wüstenstrom" dort zu verbrauchen, als ihn teuer nach Europa zu transportieren, wo noch lange genug Solar- und Windpotenzial zur Verfügung steht. Sollte dabei in Nord-Afrika Gas oder Öl substituiert werden (unwahrscheinlich wegen des dortigen Wachstums), so wäre es allemal vorteilhaft, diese Energieträger nach Europa zu exportieren als den Strom - für weniger Kosten und mehr Klimaschutz. Ich freue mich, dass genau dies nun geschieht, weil arabische Staaten und Unternehmen jene Mehrkosten schultern wollen."

Ich füge meine gerade abgeschlossenen Erinnerungen zu dieser Technologie für die interessierten Redakteure bei, denen Sie unter anderem entnehmen mögen, dass der Streit um die richtige Verwendung des "Wüstenstroms" schon vor 25 Jahren geführt wurde und verweise auf Vorträge und Texte auf meiner Homepage.

Dr.-Ing. Gerd Eisenbeiss, 2.07.2013

Leserbrief an Chrismon

Nikolaus Schneider plädiert für ein Nachdenken über eine **Jobgarantie**. Hier mein Denk-Resultat: zunächst muss klar sein, dass es um eine Anstellungsgarantie geht, denn jedermann ist ja freigestellt, als Selbständiger zu arbeiten. Bei einer Anstellungsgarantie muss es einen Ansteller geben; irgendjemand – in einer Demokratie die durch Gesetz legitimierte Regierung – muss also nach gerechten Kriterien jemanden zwingen, die Person einzustellen, die die Garantie geltend macht. Nun kommt ein wichtiger Unterschied: die Garantie ist leicht einzulösen, wenn die Anstellung nicht mit menschenwürdigem Lohn verknüpft ist. Unentgeltlich oder zu sehr niedrigem Lohn findet wohl jeder einen Job! Arbeit ist genug da, aber dieser Arbeitsbedarf muss mit „Kaufkraft“ für die geleistete Arbeit ausgestattet sein! Und genau um diese „Kaufkraftlücke“ am Arbeitsmarkt geht es bei einer Jobgarantie. Lohnzuschüsse des Staates können die Lücke zumindest verkleinern, dafür aber müsste der Staat entweder sich weiter verschulden, eine Alternative, die vernünftigerweise unterbleiben sollte, oder die Steuern erhöhen, eine Alternative, die vielen als Patentrezept gilt für viele solche Lücken (bei Bildung, Krankheitskosten, Sicherheit, Armutslinderung, Klimaschutz, Straßenbau, Dritte Welt etc etc) – bedauerlicherweise sollen aber immer nur jene Steuern erhöht werden, die den Vorschlagenden nicht treffen. Natürlich kann man auch Subventionen abbauen, um die Lohnsubvention zu finanzieren - dabei dürfte das Beschäftigungsergebnis allerdings bei Null liegen, denn die meisten Subventionen werden ja gerade deshalb gewährt, weil es um nicht wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geht. So ist mein Resultat: Jobgarantie kann nicht sinnvoll gestaltet werden, kurz die Idee ist Unsinn.

Gerd Eisenbeiß , Bonn, 29.01.2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu „Elektro-Autos kommen nicht vom Fleck“, Thema des Tages in SZ vom 26. Januar möchte ich bemerken:

Elektro-Autos sind zwar langfristig notwendig, kurzfristig allerdings enorm subventionsbedürftig; nicht einmal beim „Tanken“ spart man wirklich. Beispiel? Ein E-Auto tankt für jährlich 10.000 km typischerweise 2.000 kWh für heute 500 €. Ein vergleichbares Diesel-Auto würde etwa 5.000 kWh, also 500 l für 750 € tanken. Die Ersparnis ist der unterschiedlichen Besteuerung zuzurechnen, je hälftig beim Kraftstoff (285 € bei Diesel und 165 € bei Haushaltsstrom) und dem Verzicht auf KFZ-Steuer. Hierbei wurde E-Tanken daheim unterstellt; an einer öffentlichen Ladestation wird es spürbar teurer als 25 c/kWh – wegen der Kosten der Tankinfra-

struktur mit Schnellladung, die auch zu höheren Ladeverlusten führt als die stundenlange Garagenladung daheim.

Solar- und Windstrom ist für 25 c nur zu haben, weil andere die Mehrkosten über den EEG-Ausgleich bezahlen; mit steigendem Anteil erneuerbaren Stroms ist wegen Reservehaltung, Netzausbau und Speichern mit deutlichen Preissteigerungen zu rechnen, bei Diesel aus anderen Gründen allerdings auch - schwer zu sagen, ab wann der Dieselpreis davon ziehen wird.

All dies macht es schwer vorstellbar, dass in Deutschland Stromtanken demnächst billiger ist als Diesel. Der erste „Leitmarkt“ wird also wohl dort entstehen, wo Anschaffungs-, Steuer- und Strompreissubventionen üppig kumuliert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Leserbrief vom 1. Dezember 2012

am 10. Dezember erschienen

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Daniel Brösslers heutigem Kommentar „Solidarität mit Grenzen“ zur Palästina-Abstimmung in den VN (SZ, S. 4) vom möchte ich bemerken:

Mit ohnmächtigem Zorn habe ich die deutsche Stimmenthaltung in den VN zur Kenntnis genommen. Ging es doch nicht darum, Israels Rechtsstatus zu verändern, insbesondere sein Existenzrecht, das ich immer verteidigen werde, oder ihm sonst zu schaden, sondern nur darum, den Palästinensern bei einem kleinen Schritt zum eigenen Staat beizustehen.

Wenn gesagt wird, dass dies nicht sein sollte, weil Israels Siedlungspolitik dann vor internationale Gerichte gebracht werden könne, dann verstehe ich die Stimmenthaltung erst recht nicht: Will man allen Ernstes verhindern, dass die Rechtmäßigkeit der Siedlungen im Palästinensergebiet geklärt wird?

Will man schreiendes Unrecht decken? Die unmittelbare Rache der israelischen Regierung, die Siedlungstätigkeit nun erst recht zu verstärken, ist so unglaublich, dass ich als langjähriger Bewunderer und Unterstützer israelischer Leistungen und insbesondere großartiger Wissenschaftler auch insofern ohnmächtigen Zorn empfinde – wahrscheinlich in Übereinstimmung mit vielen Bürgern Israels, die leider keine Mehrheit darstellen.

Mit freundlichen Grüßen

Hinweis: die Redaktion hat den letzten Satz verkürzt in „...israelischer Leistungen weiteren Zorn empfinde“

Leserbrief vom 8. Juni 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 21. Juni erschienen

zur Außenansicht auf S. 2 der SZ vom 8. Juni möchte ich bemerken:

„Schrecklich, was Frau Perez da in der Außenansicht vom 8. Juni über den Drogenkrieg in Mexiko beschreibt. Aber sie argumentiert doch völlig unlogisch, wenn sie dabei den Kampf der Regierung für die Toten und Gräueltaten verantwortlich macht; soll der Kampf eingestellt werden und den Narcos freie Hand gegeben werden? Es ist doch seit langem klar: die Sache der Drogen-Prohibition ist ebenso verloren wie die der USA gegen den Alkohol vor 80 Jahren. Wer die kriminelle Bereicherung weniger sowie die vielen Toten in Mexiko, Kolumbien, Mali oder Afghanistan etc stoppen will, muss den Drogenkonsum in den Industrieländern frei geben. Nur dann fallen die Preise und die kriminellen Gewinne ins Bodenlose, dann versiegt auch eine der wichtigsten Finanzquellen des internationalen Terrorismus. Allerdings wird es mehr Opfer in den Verbrauchsländern, also auch bei uns geben! Es sind diejenigen, die mit ihrem Drogenkonsum den Massenmord finanzieren.

Es ist ethisch einfach unververtretbar, die Kinder wohlhabender Länder (weitgehend wirkungslos!) durch Prohibitions Gesetze schützen zu wollen, wenn dadurch anderswo hunderttausende massakriert werden und kriminelle Vermögen entstehen, die noch den Kindern und Enkeln der Verbrecher ein sorglos reiches Leben garantieren.“

Mit freundlichen Grüßen

Leserbrief vom 24. April 2012

am 12. Mai erschienen

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Ihrem Artikel „Im Bann der Millionen“ von Marc Beise in der SZ vom 24.04., S. 17 möchte ich bemerken:

„Wenn man sich einig darüber ist, dass die Vorstandsgehälter der großen Unternehmen unanständig hoch geworden sind, dann wäre es ein Leichtes, dies zu korrigieren. Mein Vorschlag: einmal im Jahr stellt die Bundesregierung offiziell die Steigerungsrate der Vorstandsgehälter (z.B. der DAX-Unternehmen) amtlich fest. Diese Zuwachsrate ist von den Arbeitgebern bei den folgenden Tarifverhandlungen als Eingangsangebot abzugeben.

Die Folgen sind sofort klar: die Vorstände werden sehr bescheiden, und die Tarifabschlüsse werden stets höhere Steigerungen aufweisen als die Spitzengehälter; damit wird die unerträglich geöffnete Schere zwischen Oben und Unten allmählich wiedergeschlossen.

Man muss es nur wollen und politisch durchsetzen.“

Mit freundlichen Grüßen

Leserbrief vom 9. Januar 2012

nicht erschienen

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Ihrem Artikel „Sonne aus der Steckdose“ von Michael Bauchmüller in SZ vom 19.01., S. 4 möchte ich bemerken:

„Auch ich bin für erneuerbare Energien und habe beruflich viel für sie tun dürfen. Aber ein solches Engagement darf nicht blind machen. Zum einen muss bei der Bewertung des Solarstroms berücksichtigt werden, dass sie keine Netzkosten einspart, weil sie im Winter fast nichts bringt, wenn der Bedarf am höchsten ist. Ich hatte selbst in Bonn schon mehrere Tage Schneebedeckung auf meiner Dachanlage, also Null-Ertrag. Zum anderen dürfte es schwerlich vernünftig sein, im Sommer mittags nur noch Solarstrom im Netz zu haben; was machen wir dann mit dem Windstrom? Daraus ergibt sich, dass Deutschland mit Sicherheit selbst bei extremer Solarbegeisterung nicht mehr als etwa 50 Giga-Watt brauchen kann. Das hätten wir bei der Zubaurate der letzten beiden Jahre in 3 bis 4 Jahren geschafft. Da die Anlagen mindestens 25 Jahre lang produzieren, brähe also spätestens 2016 der gesamte deutsche Photovoltaik-Markt wegen totaler Sättigung zusammen – und mit dem Markt die ganze Branche, die dabei ist, sich zu verschlucken. Das kann doch keinen Sinn machen! Im Übrigen ist es eine Milchmädchenrechnung, die Systemkosten der Stromversorgung einfach unberücksichtigt zu lassen, die auch der sommerliche solare Selbstversorger mitzutragen hat, wenn er im Winter nicht bei Rohkost im Dunklen sitzen will.

Man kann nur bedauern, dass wir uns solar verrannt haben; Windstrom ist nicht nur billiger, sondern gerade im Winter reichlich verfügbar! Der überförderte Solarstrom gefährdet den viel wichtigeren Winderfolg on und off shore.“

Mit freundlichen Grüßen

Leserbrief vom 29. November 2011

nicht erschienen

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Ihrem Artikel „Die Zeitbombe“ sowie dem „Forums-Beitrag“ in SZ vom 29.11., S. 17/18 möchte ich bemerken:

„Die Spatzen pfeifen es längst von den Dächern, genauer vom Dach der EZB in Frankfurt. Der Lösungsversuch der Schuldenkrise ist der schon gewohnheitsmäßige Aufkauf von Staatspapieren durch die EZB und so wird es aller Wahrscheinlichkeit nach bleiben, weil alle anderen Strategien viel zu viel Zeit und Konjunktur kosten. Wollen die Deutschen nicht in Verschiss geraten, werden sie sich damit abfinden

müssen – hoffentlich gegen eine strenge, sanktionsbewehrte Konsolidierungspflicht aller Staatshaushalte der EURO-Zone. Sollte diese Politik zu einer Geldentwertung führen, so tut sie das, weil sie praktiziert wird, nicht erst dann, wenn sie beschlossen wird, Deutschland aber käme mit einer Zustimmung aus der Verweigerungsecke heraus, die europapolitisch höchst gefährlich ist.

Es wäre auch ein Befreiungsschlag aus sozial misslicher Lage: die EZB könnte mit ihrer Interventionskraft die Zinsen für alle niedrig halten, so dass die exorbitante Bereicherung derjenigen Anleger beendet würde, die zur Zeit noch hohe Risiko-Zinsaufschläge durchsetzen können, auch wenn das Risiko gar nicht eintritt. Denn Spanien, Italien, Irland oder Belgien sind leistungsfähige Industrieländer und nicht Griechenland! Die Idee, die privaten Gläubiger an evtl. Insolvenzverlusten zu beteiligen, ist nur scheinbar toll, sie ist eher contraproduktiv, weil die Anleger die Risiko-Zuschläge entsprechend erhöhen – nun auch für die starken EURO-Länder wie Deutschland. Gemeinschaftsanleihen à la EURO-Bonds und anderes haben demgegenüber den Nachteil einer Verschuldung bei Ländern wie China – eine Abhängigkeit, die ich Europa lieber ersparen möchte.“

Leserbrief vom 8. August 2011

nicht erschienen

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Ihrem Beitrag "Die Getriebenen von Düsseldorf" von KH Büschemann in der SZ vom 8. August, Seite 19 und ähnlichen Artikel zur Lage der Stromkonzerne nach Fukushima:

Ich verstehe viele Kommentare nicht, die die Lage der großen Stromversorger in Deutschland betreffen. Seit über 10 Jahren wissen diese Unternehmen nicht nur, dass die Nutzung der Kernkraftwerke zu Ende geht, sie haben es sogar per Gesetz nachlesbar und quantitativ bescheinigt bekommen. Nur wer gezockt hat, nämlich auf eine Gesetzesänderung zur Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke gewettet hat, kann nun überrascht tun. Selbst die tatsächlichen Verlängerungsbeschlüsse vom Herbst letzten Jahres waren ja mangels Zustimmung des Bundesrates nicht rechts-sicher, wahrscheinlicher sogar nicht haltbar.

Wenig bekannt: die sieben nun stillgelegten älteren Kernkraftwerke hatten nach der langjährig gültigen Gesetzeslage am 1. Januar 2011 nur mehr für 30 TWh (Milliar-den kWh) Produktionserlaubnis, für 2 von ihnen wäre die Betriebserlaubnis schon vor Ende 2010 ausgelaufen. Die 30 TWh hätten die übrigen 5 Reaktoren bis Ende 2011 geliefert und damit ebenfalls ihr Ende erreicht. Die beiden EnBW gehörenden Kraftwerke wären z.B. im September 2011 ohnehin am Ende gewesen, Neckarwest-heim 1 sogar schon seit November 2010 und Philippsburg 1 hätte die erlaubte Restmenge von 6,6 TWh ebenfalls bereits produziert. Ähnlich marginal waren die erlaubten Restmengen in Biblis, Unterweser oder gar Isar 1. Nur das KKW Krümmel hätte mit einem Restanspruch von 88 TWh noch mehrere Jahre laufen können, wenn die Behebung der Pannen dies überhaupt zugelassen hätten.

Ich war persönlich nie gegen die Nutzung der Kernenergie in Deutschland, aber ich muss nun nüchtern feststellen, dass die verantwortlichen Vorstände leichtfertig auf eine falsche Strategie gesetzt haben, mit der sie auch ohne Fukushima gescheitert

wären. Sie haben ganz offenbar politisch darauf gewettet, dass das Bundesverfassungsgericht erst nach geraumer Zeit zur Übergehung der Bundesratsmehrheit entscheidet und die Bundestagswahl 2013 keine andere Kernenergiepolitik bringen würde; das ist zumindest leichtfertig.

Ich warte noch auf all die überfälligen Rücktritte der Verantwortlichen für diese politischen Fehlkalkulationen.

Gerd Eisenbeiß

Leserbrief vom 21. Juni 2011

nicht erschienen

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Artikel „Mehr als Meinungen“ über Rating Agenturen (SZ vom 20.6., S. 21) möchte ich bemerken:

„Ungeachtet der umstrittenen Frage, ob die großen amerikanischen Rating Agenturen sauber und unabhängig arbeiten, sollte doch eine europäische Agentur für die Bewertung von Anleihen von Staaten und öffentlichen Unternehmen gegründet werden. Es ist unverständlich, wenn Sie von Angela Merkel berichten, sie halte dies für eine Sache der Wirtschaft. Allerdings sollte es auch keine politische Veranstaltung sein, bei der der Bewertete mitbestimmt oder im Kuhhandel beeinflusst, was über ihn gesagt werden darf.

Deshalb sollte eine europäische Rating Einrichtung von einer Handvoll exzellenter europäischer Wirtschaftsforschungsinstitute als europäische Tochtereinrichtung gegründet werden. Diese Einrichtung sollte von EU-Geld eine großzügige Ausstattung und Dauerfinanzierung bekommen. Ein entsprechend von Administratoren besetzter Verwaltungsrat dürfte und müsste die ordentliche Wirtschaftsführung der Einrichtung kontrollieren, aber keinesfalls die inhaltlichen Aussagen und wissenschaftlichen Methoden der Bewertung. Letzteres sollte allein von einem wissenschaftlichen Aufsichtsgremium, besetzt aus den Mutterinstituten, beaufsichtigt werden.

Die andauernde Krise ist, entgegen Frau Merkels Einschätzung, kein verständlicher Grund, die Gründung einer unabhängigen Rating Agentur europäischen Rechts weiter zu vertagen. “

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gerd Eisenbeiß

am 17. 3.11 erschienen

Leserbrief vom 5. 3.2011 an die Süddeutsche Zeitung

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Minister Friedrichs Einlassungen darüber, was zu Deutschland gehört, möchte ich bemerken:

„Ist es auch dumm, so hat es doch Methode!

Immer wieder versuchen Politiker mit richtigen Aussagen Falsches in die Öffentlichkeit zu transportieren. So der neue Bundesinnenminister. Denn der richtige Satz des Bundespräsidenten: „Der Islam gehört zu Deutschland“ leitet sich ja nicht geschichtlich her, sondern ist eine zutreffende, aktuelle Aussage, der sich die deutsche Gesellschaft zu stellen hat. Was sagt Herr Friedrich? „Das erschließe sich nicht aus der Geschichte!“. Auf irrelevante Weise hat er Recht, auf abscheulich populistische Weise zündelt er am inneren Frieden in unserem Lande. Ein denkbar schlechter Einstieg – sicher ganz nach dem Geschmack seiner Partei, die Nibelungentreue zu Betrügern für eine Tugend hält.“

Dr. Gerd Eisenbeiß

Leserbrief an den Generalanzeiger Bonn
per Mail eingereicht

nicht gedruckt

Eine neue kardinale Fehlleistung vermeldete am 17. Januar der Bonner Generalanzeiger unter Berufung auf einen Bericht der „Kölnischen Rundschau“: Kardinal Meißner habe beim Neujahrsempfang des Diözesanrates erneut Atheisten und Nazis Ähnlichkeiten nachgesagt.

Nun darf man sich über solch dumpfe Unverschämtheit nicht nur ärgern, sondern man sollte dem Kardinal auf die Sprünge helfen, weitere Ähnlichkeiten zu erkennen. Mir drängt sich z.B. politisch die spanische Falange auf – lauter gut katholische, patriotische spanische Faschisten samt Bischöfen und Kardinälen waren es, die Francos Herrschaft ermöglichten.

Wo gibt es auch heute noch das Bestehen auf unbewiesene Theorien über das Menschsein und das einzig richtige Verhalten? Wo können wir auch heute die Forderung hören, der Verstand sei auszuschalten, wenn es um die Glaubenswahrheit geht? Wo herrscht weiterhin eine Hierarchie über die Massen und die Forderung auf Gehorsam statt Zweifel? Wo wird weiterhin die Frau dem Mann nachgeordnet? Kennt Kardinal Meißner die Rolle der Kirche in der Geschichte oder – um ein Beispiel aus der Gegenwart zu nehmen „opus dei“ ?

Ja, fallen dem Manne in Köln da keine Vergleiche ein?

Wohlgemerkt: Vergleiche sind keine Gleichsetzungen, aber sie können Hasspredigten bereichern. Ich möchte mit diesem Beitrag nur Anregungen für Kardinal Meißners nächste Predigt geben.

Dr. Gerd Eisenbeiß , Bonn, 18. Januar 2011
Förderer der Giordano-Bruno-Stiftung

53229 Bonn, 28. Dez 2010

am 30.12. erschienen

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Joschka Fischers Beitrag in der heutigen Außenansicht möchte ich bemerken:

„Unser geschätzter Ex-Außenminister irrt an zwei entscheidenden Punkten: er analysiert Stillstand auf dem Weg zum Frieden statt Fortschritt, wo es eindeutig nur Rückschritt gibt. Denn – und das ist der zweite Punkt - , die Siedlungen und ihre ständige Erweiterung sind keine Nebenfrage, sondern das Haupthindernis auf dem Weg zu einer Verständigung zwischen Israel und den Palästinensern. Sie wirken wie Messer im Fleisch – Messer, die ständig tiefer ins Fleisch eindringen und dabei gedreht werden und. Sie demütigen nicht nur die Palästinenser, sondern alle Araber. Die hochmütig angeeigneten Siedlungen in Palästina dürften die Sicherheit Israels seit langem mehr gefährden, als die Hamas oder unkontrollierte Terrorbanden. Ein Teil dieser Gefährdung geht auch von den radikalen Siedlern selbst aus, die sich auf Gott berufen und den israelischen Rechtsstaat verachten.

Weil Herr Fischer hier irrt, gibt er Obama auch falschen Rat; er kann (zusammen mit Europa) nur helfen, wenn zwei Dinge beschlossen werden: Israels Existenz wird in den Grenzen von 1967 garantiert – auch militärisch; und Israel werden ähnliche Daumenschrauben angelegt wie dem Iran, d.h. Sperrung aller militärischen und finanziellen Hilfen und ggf. auch des Handels. Man wird als Realist einwenden, das sei undenkbar, und hat damit Recht! Der Westen ist seiner Verantwortung nicht gewachsen und dadurch mitschuldig an der nahöstlichen Dauerkatastrophe.

Solange eine israelische Regierung davon ausgehen kann, dass der Westen jede Eskapade hinnimmt, wird es nur weiteren Rückschritt geben bis zur finalen Katastrophe – und da hat Fischer wieder Recht! “

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gerd Eisenbeiß

53229 Bonn, 17. Juli 2010

An SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

am 24. 7.10 erschienen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Heribert Prantls Artikel „Die neue Bürgerwehr“ in der Süddeutsche Zeitung von heute möchte ich wie folgt kommentieren:

„Ja, es geht wieder mal das Gespenst **Volksabstimmung** um. Heribert Prantls Artikel enthält viel Zustimmungswertes und geht meines Erachtens doch an zwei entscheidenden Problemen von Volksabstimmungen vorbei - zum Einen an der Höhe des Quorums und zum Anderen daran, wer die abzustimmende Frage formulieren darf.

Es wäre vieles an Abstimmungen hinzunehmen, wenn die Abstimmungsbeteiligung der Wahlbeteiligung entsprechen müsste – je nach staatlicher Ebene der Wahlbeteiligung bei der letzten Kommunal-, Landtags- oder Bundestagswahl. Nicht hinnehmbar sind die Abstimmungsergebnisse, die durch eine aktivierte Minderheit zu Stande kommen, während die Mehrheit den Parlamentsbeschlüssen vertraut und auch deshalb gar nicht erst zur Abstimmung geht. Selbst die 23% der bayerischen Anti-Rauch-Kämpfer (die meine Sympathie in der Sache hatten) hätten insofern nicht über die Landtagsmehrheit gesiegt, die mehr Wähler repräsentierte! Leider wetteifern die Anhänger von Plebisziten populistisch und schein-demokratisch um möglichst niedrige Quoren und verschärfen damit das Problem von Minderheitssiegen

Und dass die Formulierung der Abstimmungsfrage entscheidenden Einfluss auf das Abstimmungsverhalten hat, weiß jeder, der sich mit Umfragen und ihrer Interpretation befasst hat. Wer würde nicht gern einer Initiative zustimmen, die sich mit dem Spruch „Wir wollen lernen“ profiliert? Wahlwerbung ist zwar nicht weniger auf Verführung angelegt, aber – siehe oben – die bei Wahlen ermittelte parlamentarische Mehrheit setzt die Lattenhöhe, die eine Volksinitiative überbieten muss.“

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gerd Eisenbeiß

53229 Bonn, 08. Februar 2010

An SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

nicht gedruckt

Sehr geehrte Damen und Herren,

die kurze dpa-Meldung der **Süddeutschen Zeitung vom 8. Februar** (Seite 8) „Kieler OB rügt die Länder“ spricht mir aus dem Herzen, aber noch nicht laut genug!

Kiels Oberbürgermeister fordert die Abschaffung der Länder, die „eine überflüssige Ebene“ darstellten. Richtig: immer mehr Politik wird in Brüssel gemacht, die deutschen Entscheidungen fallen in Berlin und in den Kommunen. Landtage entscheiden fast nichts, und wenn, dann unsinnigerweise über Schulen und Universitäten; gewählt werden sie und die Landesregierungen nach bundespolitischen Kriterien: „Zeigt's denen in Berlin!“ oder „Unterstützt die Kanzlerin!“ sind die Schlachtrufe. Viel Bürokratie und Kosten blieben uns erspart, wenn es kein Saarland und kein Bremen als „Land“ gäbe – noch mehr, wenn es auch kein Nordrhein-Westfalen und keine „Freistaaten“ wie Bayern oder Sachsen gäbe. Wichtigstuer gibt es genug in Deutschland; dazu brauchen wir nicht auch noch sich aufblähende „Ministerpräsidenten“. Wo ist endlich eine Anti-Föderalismus-Partei, die die Deutschen nicht mehr zwingen will, sich als irgendwelche Bindestrich-Landeskinder fühlen zu sollen, nur weil aus

historisch-dynastischen Gründen z.B. Franken „Bayern“ sein müssen oder eine Minderheit in Baden-Württemberg. Es reicht doch Deutscher in Europa, also Europäer, und Bürger einer Kommune zu sein und sich in seiner Region wohl zu fühlen ohne Zwergenkabinette in Landeshauptstädten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gerd Eisenbeiß

53229 Bonn, 05. Januar 2010

An einen Redakteur der SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (nicht zur Veröffentlichung bestimmt)

Sehr geehrter Herr,

zu Ihrem Artikel der **Süddeutschen Zeitung vom 5. Januar** (Seite 17) „Strom aus der Nordsee...“ möchte ich Sie auf etwas hinweisen, das bedauerlicherweise auch in meiner geliebten Süddeutschen Zeitung immer wieder falsch steht: es sind die Verwechslungen von Leistung und Energie sowie von Strom und Energie.

So schreiben Sie, 100 GW Wind entsprächen 10% des europäischen Energiebedarfs. Möglicherweise wäre der Satz richtig (ich habe das nicht nachgeschaut), wenn Sie geschrieben hätten „10% des elektrischen Leistungsbedarfs“, was sich dann auf die Kraftwerkskapazität beziehen würde. Zum Energiebedarf gehören aber natürlich auch der Bedarf an Kraftstoffen, Heizenergien etc, für die sich kein summarischer Leistungsbegriff sinnvoll definieren lässt wie bei Strom.

Allein der Energieverbrauch Deutschlands z.B. beträgt etwa 4 Millionen GWh, wenn man alles in diese Einheit umrechnet; das ist etwa 8mal mehr als der Verbrauch an elektrischen Kilowattstunden. Die 100 GW Wind werden bei geschätzten 3500 Vollaststunden 350.000 GWh liefern, also 9% des deutschen Energieverbrauchs oder zwei Drittel des deutschen Stromverbrauchs.

Da Energiefragen schon wegen des Klimaschutzes eine immer größere Bedeutung für die öffentliche Meinungsbildung bekommen haben, wage ich es, Sie auf diese Verwechslungen hinzuweisen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gerd Eisenbeiß

53229 Bonn, 21. Dezember 2009

An SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

nicht gedruckt

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Beurteilung des enttäuschenden **Ergebnisses von Kopenhagen** möchte ich darauf hinweisen, dass nicht Präsident Obama oder gar Frau Merkel versagt haben, sondern dass das Ergebnis traurigerweise dem Willen der großen Mehrheit der Menschheit entspricht – eine Situation, die auch weitere Konferenzen bestimmen wird. Besonders transparent ist die US-Situation: nicht Obama, sondern der Kongress ist gegen den notwendigen Klimaschutz; und sogar die demokratischen Abgeordneten und Senatoren fürchten in richtiger Einschätzung ihre Wähler, wenn sie den notwendigen Einschränkungen der Treibhausgas-Emissionen zustimmen würden. Was hätte eine weitreichende Zusage Obamas dem Klima und einem Vertrag genutzt, wenn doch jeder weiß, dass der Kongress niemals zugestimmt hätte! Im undemokratischen China dürfte die Lage nicht erfreulicher sein; auch dort braucht die Regierung die Loyalität der Bevölkerung, die vor allem endlich Wohlstand erhofft und mit Sicherheit keine Ahnung von der verheerenden Wirkung der Treibhausgas-Emissionen hat.

In Europa ist die Situation doch gar nicht so unähnlich: auch hier will die Mehrheit der Menschen keine Einschränkungen ihres Lebensstils; der Unterschied zu den USA ist im Wesentlichen, dass wir in Europa ökologisch aufgeklärtere Regierungen und Parlamente haben, von denen wir uns durch Gesetze zwingen lassen in der Hoffnung, das werde schon irgendwie zur Reduktion führen, ohne dass man z.B. auf Flüge auf die Kanaren oder nach Australien verzichten muss. Dass wir in Europa kaum klimaschutz-feindliche Parteien haben, liegt auch daran, dass diese den Wählern das Gefühl vermitteln, es gehe nicht um Opfer, sondern sogar um Wachstum und Arbeitsplätze, also mehr Wohlstand. Das mag zwar nicht wahr sein, aber es hilft wenigstens zu einem breiten Konsens, beim dringend erforderlichen Klimaschutz Vorbild zu sein.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gerd Eisenbeiß
2009

53229 Bonn, 10. September

An einen Redakteur der SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (nicht zur Veröffentlichung bestimmt)

Sehr geehrter Herr,

zu Ihrem Artikel der **Süddeutschen Zeitung vom 10. September** (Seite 4) „Sarkozys grünes Mäntelchen“ möchte ich Sie darauf hinweisen, dass die 14 € pro t CO₂ gut mit den CO₂-preisen im ETS, also "cap&trade"-System der EU für Großemittenten übereinstimmt. Insofern finde ich Ihre Kritik unberechtigt.

Frankreich wählt doch damit ein Klimaschutz-Modell, dessen Prinzip ich u.a. in Ihrer Zeitung am 14. 3. 2007 in „Außenansicht“ vorstellen durfte, nämlich jede CO₂-Emission mit dem selben Preis zu belegen – egal ob Auspuff eines Autos, Schornstein eines Heizkessels, Zementfabrik oder Kraftwerk. Ich hatte allerdings noch eleganter und einfacher zu verwalten und zu kontrollieren vorgeschlagen, den Preis einer t CO₂ nach dem "cap&trade"-System am Markt finden zu lassen, indem man den Kohlenstoffeinsatz limitiert, verknappt und handelbar macht.

Mein Vorschlag hätte gegenüber dem französischen System den Vorteil, dass keine CO₂-Steuer nachgeregelt werden müsste.

Ich füge einen entsprechenden Artikel vom 18. 08. 2007 aus der Frankfurter Rundschau bei

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gerd Eisenbeiß

53229 Bonn, 09. Juli 2009

An SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

nicht gedruckt

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem Artikel der **Süddeutschen Zeitung vom 9. Juli** (Seite 19) „Der ungedeckte Billionenscheck“ von Thomas Öchsner möchte ich bemerken:

Natürlich wird der Wiederanstieg der Staatsverschuldung in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise ein Riesenproblem schaffen, wenn es an die Rückzahlung geht – auch wenn man immer berücksichtigen muss, das die Probleme ohne diese Krisenschulden auch für die heute junge Generation noch gravierender wären. Allerdings berücksichtigt merkwürdigerweise kein Statement zu dieser Frage – auch das des zitierten Herr Raffelhüschen nicht, dass die Schulden ja nicht nur Schuldner sondern auch Gläubiger hinterlassen, die genau so zur nächsten Generation gehören wie die Schuldner. Im Unterschied zu den USA, deren Gläubiger in Asien sitzen, dürfte die deutsche Verschuldung im Wesentlichen von deutschen Sparern und Besitzern von Großvermögen finanziert sein. Ein Teil der nächsten Generation wird also Riesenguthaben erben, während der nichtvermögende und arme Teil der künftigen Gesellschaft den „Reichen“ Zins, Tilgung und leistungslosen Luxus gewähren muss. Das wird zusätzliche Spannungen in unsere Gesellschaft bringen, die schon lange ein tolerables Maß an Einkommens- und Vermögensunterschieden verloren hat. Wer das vermeiden oder wenigstens dämpfen will, muss unter anderem endlich eine substanzielle Erbschaftssteuer einführen, denn nichts entspricht dem Leistungsprinzip weniger als ein leistungslos durch Erbe erhaltenes Vermögen.

Mit freundlichen Grüßen

An CHRISMON

Ich glaube nicht, dass man den Vorschlag eines Grundeinkommens so realisieren kann, wie er von Herrn Storz vorgestellt wurde. Zum Einen gibt es ja in Form des Existenzminimums bereits das Grundeinkommen der Sozialhilfe; es geht also gar nicht um den Grundsatz, sondern um die Höhe dieses Grundeinkommens. Herr Storz ist da etwas oberflächlich: 750 € sind ja kein auch nur annähernd ausreichendes Einkommen – bei 150 Arbeitsstunden im Monat entspricht das gerade einem Stundenlohn von 5 €. Das mache angstfrei? Von wegen!

Herr Storz verkennt den Charakter der durchaus vorhandenen sozialen Verunsicherung. Dabei geht es doch nicht um die Angst unter 750 € Monatseinkommen zu fallen, sondern um den sozialen Abstieg! Kann man noch die Miete bezahlen, den Kredit oder die Hypothek tilgen, die Ausbildung der Kinder bezahlen und den sichtbaren Konsumstandard, Auto, Flachbildschirm etc halten. Da leistet sich Herr Storz eine weitere Oberflächlichkeit: er sagt einfach, es müsse eine erschwingliche Infrastruktur existieren mit billigem Wohnraum, besten Bildungsangeboten, unentgeltlicher Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung und so weiter. Ja, diese Dinge müssen ja auch aus Steuern heruntersubventioniert werden, wenn nicht gar in Gänze vom Staat bezahlt werden. Wie hoch müssen die Steuern dann werden? Wenn es die Mehrwertsteuer oder andere Verbrauchssteuern nicht sein dürfen, weil ja dann die Kaufkraft der 750€ entwertet würde, müsste es in der Tat die Einkommensteuer sein, die Herr Storz auf mindestens 35% anheben will.

Nun könnte man meinen Argumenten erwidern, das Grundeinkommen sollte in der Tat weit über 1000€ liegen. Wunderbar! Nur wird dann die Finanzierung noch unrealistischer. Und wenn dann alle EU-Bürger ohne Arbeitsplatz oder Arbeitslust ihre Rechte verstanden haben, werden sie wohl nach Deutschland kommen – oder ist das Grundeinkommen nur für deutsche Staatsbürger gedacht? Das wird eine interessante Diskussion werden!

Darüber hinaus hat Herr Storz natürlich recht, wenn er eine höhere Besteuerung von Erbschaften, Vermögen, Höchsteinkommen und evtl. sogar Luxusgütern (schwierige Definition!) fordert; das sollte auch ohne das Ziel eines Grundeinkommens die Quelle sein, aus der die Staatsverschuldung reduziert wird, ohne die notwendigen Staatsaufgaben gerade bei Bildung, Wissenschaft und Sozialleistungen einschränken zu müssen; gerade eine kräftige Erbschaftssteuer wäre eine ethisch gebotene Konsequenz des Leistungsprinzips: wer erbt, hat keine Leistung vollbracht, das ererbte Vermögen wäre aber ohne die Leistungen der Allgemeinheit in der Regel nie entstanden; diese Allgemeinheit sollte also stets Miterbe sein.

Dr. Gerd Eisenbeiß , 53229 Bonn

Dr. Gerd Eisenbeiß

53229 Bonn, 11. Mai 2009

An SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

nicht gedruckt

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem Artikel der **Süddeutschen Zeitung vom 11. Mai** (Seite 3) „Wenn Gottlose auf Touren kommen“ von Renate Meinhof möchte ich bemerken:

Der Beitrag würdigt nicht die ganze Aussage des Humanistenbusses, wahrscheinlich, weil der christliche Begleitbus die Botschaft scheinbar zu einer nur auf die christliche Gottesvorstellung gerichteten Aktion verkürzt. Nein, es gibt nicht nur keinen Gott, wie ihn die sich auf Abraham und Moses berufenden Religionen schildern, sondern auch keinen Ganesha, Shiva oder Buddha oder Bodhisattva Maitreya und wie die vielen tausend Götter auch immer genannt werden, von deren Existenz jeweils Millionen von Menschen irgendwo überzeugt sind. Darüber gibt sogar große, weltweite Einigkeit mit der Aussage des Humanistenbusses: **jede existierende Religion wird von fast allen Menschen für falsch gehalten!** Sich diese

unbezweifelbare Tatsache bewusst zu machen, erfordert aber eine Überwindung des religiösen Provinzialismus, nach dem sich die religiöse Überzeugung nach der Region und Kultur richtet, in die man hinein geboren wird und in der man schon vor dem Erwachen des eigenen Verstandes, also vor dem etwa dritten oder vierten Lebensjahr, indoktriniert wird.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gerd Eisenbeiß

53229 Bonn, 20. März 2009

An SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

nicht gedruckt

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem Artikel der **Süddeutschen Zeitung vom 20. März** (Seite 6) „Tag der Appelle“ möchte ich bemerken:

Seit Wochen hören wir, dass Frauen für gleiche Arbeit skandalöserweise weniger Lohn erhalten als Männer. Alle bedauern dies, auch wenn zumindest manche Unterschiede eher in ungleichen Bildungschancen und Biographien begründet sind als in bösartigem Arbeitgeberverhalten.

Dabei wäre es doch so einfach, diesen Missstand zu beseitigen: man (die Gewerkschaften, die Parteien oder meinetwegen auch der Staat) gründe eine Rechtshilfe-Stiftung, die für jede so diskriminierte Frau die Prozesskosten übernimmt. Wenn – wie Frau von der Leyen erwähnte - ein Krankenpfleger in der Regel mehr Lohn als eine Krankenschwester „für exakt die gleiche Arbeit“ erhält, dann sollte jeder einzelne Fall vor Gericht geklärt werden. Wahrscheinlich muss man das nur über ein Dutzend Prozesse durchhalten, dann wird diese Diskriminierung von selbst verschwinden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gerd Eisenbeiß

53229 Bonn, 17. Januar 2009

An SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

nicht gedruckt

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem Artikel der **Süddeutschen Zeitung vom 17. Januar** (Seite 6) „Gratulation für Pro Reli“ möchte ich bemerken:

Es spräche nichts gegen einen Religionsunterricht, wenn die Kinder wahrhaft über das heilige Buch, die Bibel, informiert würden. Allein eine wahrheitsgemäße Erläuterung der in Moses 2, Kapitel 20 ff verkündeten 10 Gebote wäre ein Durchbruch zur Ehrlichkeit! Warum unterrichtet man nicht, dass das 2. Gebot (das Abbildungsverbot) in der Kirchengeschichte stillschweigend kassiert wurde – vielleicht, weil es der prunkvollen Ausgestaltung in Schlös-

sern und Kirchen entgegenstand? Calvinisten und Moslems haben diese Fälschung übrigens nicht mitgemacht! Warum erzählt man nicht, dass das dort verfügte 10. Gebot Frauen, Rinder und Esel gleichwertig als Besitz des „Nächsten“ qualifiziert. Warum wird nicht die vielfach befohlene Todesstrafe für Totschlag (Moses 2, 21 (12)), für das Schlagen oder Verfluchen der Eltern (21 (15 und 17)), für Zauberinnen und Sodomie (22 (17 und 18)) erwähnt, an die sich doch wohl keiner hält – hoffentlich. Hat der ewige Gott seine Meinung geändert? Hat er „umgedacht“ und einen „Politikwechsel“ vollzogen? Ist er nach den angeordneten Massakern, z.B. in Jericho (Joshua 6 (21)), heute gegen Völkermord? Wann hat er der Sklaverei abgeschworen?

Oder soll weiterhin nur das unterrichtet werden, was sich die Kirchenoberen als weniger anstößig aus Gottes Wort aussuchen?

Nein, die Bibel gehört zu unserer Kultur und die Kinder sollen sie im Unterricht unverfälscht kennen lernen; die Bibel muss als Unterrichtsbasis und –material zur Pflicht eines Religions- oder auch Ethikunterrichtes gemacht werden, nicht irgendein verkitschendes Gottbüchlein wie das, aus dem ich lernen musste. Sollte es dann irgendwann eine Volksabstimmung über konfessionellen Religionsunterricht geben, wäre mir bei so unterrichteten Kindern und aufgeklärten Erwachsenen über das Ergebnis nicht bang.

Mit freundlichen Grüßen

An CHRISMON

04.November 2008

Nicht besorgte Menschen stellen Kant auf den Kopf („was muss ich fürchten?“ statt „was darf ich hoffen?“), sondern der Autor selbst, der offenbar die erste Kantsche Frage in „wovor darf ich die Augen schließen?“ und die zweite in „warum muss ich nichts tun?“ ändern will; ich vermute, er ist religiös und meint, sein Gott werde es schon zum Guten wenden, wenn der Mensch seine Erde ruinös bewirtschaftet. Selbst der trockenste Ökonom kennt doch den Begriff der externen Kosten, die wir Wohlhabenden anderen und späteren Menschen aufbürden. Der Autor sollte sich mit dem System Erde befassen, statt jene zu Neurotikern zu erklären, die die Frage „Was kann ich wissen?“ ernst nehmen.

Nun gibt es natürlich, d.h. heißt doch „von der Natur her“, Ängste, seit Menschen existieren – so vernünftige Ängste, dass sie auch bei Tieren zu beobachten sind; sie dürften in der Entwicklung überlebensnotwendig gewesen sein, um bei Gefahr Fluchtbereitschaft zu ermöglichen. Und es gibt Übertreibungen der Ängstlichkeit, die die Unwahrscheinlichkeit bestimmter Ereignisse ignoriert, sich also nicht um Wissen kümmert, das vorhanden ist. Wer dagegen schreibt, muss aber die erste Kantsche Frage in den Mittelpunkt stellen: den Stand des Wissens!

Und wir kennen alle die Strategie der Angsterzeugung, die wir über Jahrhunderte von den Kirchen erfahren haben und die in den heiligen Büchern der meisten Weltreligionen wesentlicher Bestandteil ist. Aber aus dieser Ähnlichkeit von Religionsstrategien der Angsterzeugung und mitunter übertriebenen Darstellungen gefährlicher Falsch-Bewirtschaftung unseres Planeten der Umweltbewegung religiösen Charakter anzudichten, ist schon mehr als ärgerlich.

Steckt dahinter nicht vielleicht ein ganz anderer Gedanke? War es nicht immer eine der Falschbehauptungen von Religionen, „irgendwie glaube“ jeder Mensch, um Zustimmung zu gewinnen für die im religiösen Glauben so oft enthaltenen Verachtung der Vernunft? Gipfelt diese Strategie nicht in dem päpstlichen Satz, „es sei vernünftig, zu glauben“? Demgegenüber gab und gibt es aber Menschen, die sich frei von Religiosität auf den Weg zum homo sapiens begeben haben – hoffentlich immer mehr!

Nein, die naturwissenschaftlich begründete Einsicht, dass wir zum Nachteil anderer Völker und unser aller Nachfahren Raubbau an unserem Planeten betreiben, ist erfreulich fern jeder spekulativen Philosophie und damit auch jeder Religiosität.

Dr. Gerd Eisenbeiß , Bonn

gedruckt am 21.10.2008

Dr. Gerd Eisenbeiß

53229 Bonn, 11. Oktober 2008

An SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

Sehr geehrte Damen und Herren,

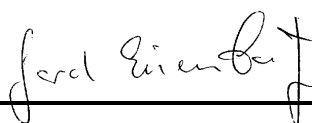
zu der Meldung in der **Süddeutschen Zeitung vom 11. Oktober** (Seite 1) über afghanischen Mohn möchte ich bemerken:

Nicht die afghanischen Mohnbauern finanzieren die Taliban, sondern die Drogenkonsumenten bei uns in Europa und Amerika – ihr (also letztlich unser) Geld finanziert einen Teil der tödlichen Waffen, die sich gegen die übrige Welt richten. Wer also den Taliban diese Geldquelle verstopfen will, der muss dafür sorgen, dass der Preis des produzierten Rauschgifts drastisch sinkt. Und dafür gibt es zwei Wege: entweder den Absatz in den eigenen Ländern total unterbinden oder den Konsum frei geben, so dass keine „Prohibitionsprofite“ mehr entstehen können.

Beides dürfte äußerst schwierig zu realisieren sein; den Drogenhandel total zu unterbinden, bräuchte es drakonischer Polizeimaßnahmen, die mit unserem Freiheitsbegriff kaum zu vereinbaren wären. Eine Freigabe „agrarischer“ Drogen erforderte flankierende Maßnahmen, z.B. die legale Abgabe billiger Drogen durch betreuende Ärzte. Die Kosten und die Opfer bei uns wären nicht gering, es wären aber Opfer eines selbst gewählten und zu verantwortenden Weges.

Aber nochmals: unser innenpolitisches Versagen bei der Bekämpfung unsere Drogenprobleme militärisch auf afghanischen oder kolumbianischen Feldern kompensieren zu wollen, ist weder akzeptabel noch erfolgsversprechend. Den Bauern durch Zerstörung der Felder ihr Einkommen zu nehmen, dürfte eine der besten Methoden sein, den Hass auf die USA und Europas zu verstärken. Den „Marktpreis“ durch Freigabe sinken zu lassen und damit Anreiz zu geben, Nahrungsmittel statt Drogen zu produzieren, wäre dagegen ein friedlicher und Frieden fördernder Weg sowie ein Beitrag zur Bekämpfung des zunehmenden Hungers auf unserer reichen Erde.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Gerd Eisenbeiß

53229 gedruckt

An SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine winzige Meldung in der **Süddeutschen Zeitung vom 25. Juli** (Seite 24 oben) ist so sensationell, dass sie eine Heraushebung verdient: da wird unter anderem mitgeteilt, dass nur 48% aller befragten Deutschen niedrigere Steuern fordern. Bei einer solchen Frage ist jedes Ergebnis unter 100% Sensation! Bemerkenswert auch, dass unter diesen 48% viele sein müssen, die zugleich „mehr staatliche soziale Absicherung“ fordern (70% Zustimmung).

Wahrscheinlich würde eine Umfrage auch zu Tage fördern, dass die meisten Menschen sowohl autofreie Innenstädte wie auch gute Parkplätze vor den Boutiquen und Kaufhäusern wünschen; man müsste sie nur fragen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gerd Eisenbeiß

53229 Bonn, 24. März 2008

An SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (nicht zur Veröffentlichung bestimmt)

Sehr geehrte Damen und Herren,

meine Frau und ich schätzen Ihre Zeitung als seriöse Informationsquelle. Umso entsetzter waren wir über die Beilage „Wohlfühlen“ und speziell den Artikel von Patricia Böhm über Mondkosmetik.

Wie kann eine Zeitung, die ansonsten sachlich unterrichtet und damit Aufklärungsarbeit unterstützt, einen solchen Schwachsinn publizieren. Statt einen Artikel über die Beutelschneiderei der Mondphasenkosmetik und anderer esoterischer Geschäftsmodelle zu bringen, wird hier allen Ernstes als Redaktionsbeitrag behauptet (S.27), der Mond unterstütze Zu- und Abnehmen, bei Vollmond solle man „beruhigende Bewegungen„ machen und ähnliches mehr. Ist die Autorin selbst Opfer ihres Missverständnisses geworden, die Mondphasen dauerten 28 Tage? Wahrscheinlich hat sie in der falschen Mondphase geschrieben, denn die Mondphasen dauern 29,53 Tage, wie man in jedem Kalender leicht nachprüfen kann. Schreiben sollte sie wohl nur bei Vollmond, damit etwas mehr Erleuchtung wirken kann.

Hat da die Redaktion nicht aufgepasst oder will sich die SZ auch künftig mit Beilagen als „buntes Blatt“ profilieren.

Mit tief enttäuschten Grüßen

Sehr geehrte Damen und Herren in der Cicero-Redaktion!

Zu Wolfgang Clements Streitschrift (auch an meine SPD) möchte ich voraus schicken, dass ich in meinem Berufsleben als Mitarbeiter im Kanzleramt, im Forschungsministerium und am Ende als Energievorstand des Forschungszentrums Jülich viel für die Energieeffizienz und die erneuerbaren Energien habe tun dürfen und können; zugleich habe ich aber auch stets meine in gründlichen technischen Kenntnissen basierende Überzeugung bekundet, dass die Nutzung der Kernenergie in Ländern wie Deutschland verantwortbar ist und bleibt. So habe ich in den 70er Jahren auch im Auftrag der sozialdemokratischen Bundesregierung öffentlich plädiert.

Gleichwohl darf Kernenergie nicht der zentrale Punkt guter deutscher Politik sein, solange der innere Frieden an diesem Punkt verloren gehen könnte. Für den Klimaschutz müssen wir hoffen, dass die Sequestration des CO₂ bei der Kohlenutzung gelingt; die benötigte Entwicklungs- und Reifezeit dieser Technik spricht für eine Verlängerung der Reaktorlaufzeiten bis mindestens 2025. In vielen anderen Ländern wird die Kernenergie eine größere Rolle spielen und dem Weltklima gute Dienste leisten, allerdings leider nicht immer unter den eigentlich unabdingbaren Bedingungen hoher technischer Kompetenz und demokratisch-rechtsstaatlicher Kontrolle.

In sozial- und vor allem steuerpolitischen Fragen sehe ich den sozialdemokratischen Kern aber etwas anders als Clement: Es darf keinen Wettbewerb darum geben, wer die Löhne am meisten drückt; Mindestlöhne beseitigen nicht den wichtigen Wettbewerb um bessere Organisation und bessere Geschäftsideen! Und in der Steuerpolitik muss es sozialdemokratische Politik sein, Spitzensteuersätze hoch anzusetzen und Vermögen und Erbschaften so zu besteuern, dass der gesellschaftliche Anteil an der Anhäufung von Vermögen angemessen an die Gesellschaft zurückgezahlt wird; dann stehen auch jene Mittel zur Verfügung, die die SPD zu Recht für den Ausbau der Bildungs- und Forschungsinfrastruktur fordert.

Zu empfehlen ist der SPD also eine „linke“ Politik in sozialpolitischen Fragen, eine „grüne“ Politik beim Klimaschutz und eine pragmatische Energiepolitik gegenüber Kernenergie und Kohle!

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gerd Eisenbeiß , Bonn, 20. Februar 2008

Dr. Gerd Eisenbeiß
2007

53229 Bonn, 12. Dezember

An SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

nicht gedruckt

Sehr geehrte Damen und Herren,

Managergehälter waren in der **Süddeutschen Zeitung vom 11. Dezember** Thema von 3 Beiträgen, insbesondere dem über Moral und Gier von Heribert Prantl. Dazu möchte ich auf 2 Umstände hinweisen, die meines Erachtens bisher wenig Beachtung gefunden haben.

Zur moralischen Seite ist zuzusagen, dass die exorbitanten Vergütungen ja nicht nur Vergütungen des hoffentlich tüchtigen Empfängers sind, sondern auch aller seiner Erben, die ohne jede Eigenleistung nie mehr arbeiten müssen. Das erinnert doch stark an das Lehenswesen des Mittelalters, als der Kaiser tüchtige Ritter und Helfer mit vererblichen Herrschaften über einige Dörfer zu entlohnen pflegte, die von den Lehensleuten und ihren Erben

dann ausgebeutet werden durften. Die „soziale Innovation“ besteht also nur darin, dass diese Ausbeutung durch Erben heute über Geldanlagen anonymisiert ist. Das Prinzip ist aber gleich: die Erben werden von der Verpflichtung zur Arbeit freigestellt; sie müssen nur noch für ihre Vermögensverwaltung arbeiten.

Nicht weniger bemerkenswert ist der gruppensoziologische Aspekt: Handelt es sich bei den Spitzenmanagern in der Wirtschaft doch um eine fast geschlossene Gruppe mit ausgeprägtem Corpsgeist – offen nach unten durch Kooption von geeigneten Aufsteigern. Bedenkt man, dass in dieser Gruppe genügend oft ein Vorstand der Aufsichtsrat des anderen ist, darf man sich über das stetig steigende Vergütungsniveau nicht wundern: Wer heute den Anderen hochjubelt, kann sich für morgen selbst eine hübsche Aufbesserung erhoffen. Denn wer würde in einer solchen Gruppe den Konsens verweigern, dass man gemeinsam Elite ist und Spitzenleistungen vollbringt.

Wenn nach Rezepten gegen den Trend gefragt wird: Steuerprogression und Erbschaftssteuern!

Mit freundlichen Grüßen

Gedruckt am 22.11. 2007

Dr. Gerd Eisenbeiß

53229 Bonn, 06. November 2007

An SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin kein Geschichtswissenschaftler und achte deren Begriffsbildung durchaus. Als ich aber im letzten Wochenendteil der **Süddeutschen Zeitung vom 3. November am Ende des Beitrags „Der letzte Tag des Mittelalters“** von Heinrich Laube las, dies Zeitalter sei seit 530 Jahren abgeschlossen, konnte ich nicht umhin, gegen diese Gliederung der Geschichte zu protestieren.

Meines Erachtens wäre es gerechtfertigt, das Mittelalter für nicht beendet zu erklären; zu viel Ähnlichkeit besteht zwischen den Gräueln des letzten Jahrhunderts und auch noch dieser Tage mit jenen während der letzten 1000 Jahren. Noch immer wird aus religiösem Fanatismus grausam gemordet, noch immer werden Grenzen nach Machtinteressen und auf Grund von Gewaltexzessen verschoben. Und die Morgenröte der Aufklärung, der wir so viel verdanken, droht zu verdunkeln, bevor sie zum hellen Tag geworden ist. Der massenweise geglaubte und oft organisierte Unsinn, ob Esoterik oder überlieferte Mythen und Legenden, gewinnt Terrain zurück, wo Rationalität, Wissenschaft und ein liberaler Humanismus vor 20 bis 30 Jahren bescheidene gesellschaftlich spürbare Erfolge erkämpft hatten.

Nein, ich glaube nicht, dass das Mittelalter vorbei ist. Erst wenn der Mensch zum homo sapiens geworden sein wird, kann eine neue Zeit beginnen, eine wirkliche Neuzeit – hoffentlich erlebe ich es noch.

Mit freundlichen Grüßen

Geringer Nutzen im Wohnhaus

Lauwarmer Klimaschutz / SZ vom 23. August

Zu Wolfgang Roths Leitartikel möchte ich auf zwei Dinge hinweisen: Der Autor äußert Verständnis für ordnungsrechtliche Eingriffe in „möglichst viele Bereiche der Wirtschaft“, „solange kein System existiert, das den Handel mit Zertifikaten für jede Form von klimaschädlicher Energie erfasst“. Ein solches System ist aber als Kohlenstoff-Lizenzierung bekannt und unter anderem in der SZ vom 14. März vorgestellt worden. Dieses System würde alle CO₂-Emissionen und alle Wirtschaftsbereiche verursachungsgerecht und fair umfassen.

Zum anderen möchte ich als Anhänger und früher Förderer der Kraft-Wärme-Kopplung (damals als Beamter des Bundesforschungsministeriums) auf einen trivialen Punkt hinweisen, der bei überschwänglicher Lobpreisung von Blockheizkraftwerken übersehen wird: Der

theoretisch hohe Nutzungsgrad dieser Anlagen ist nur während der Heizperiode realisierbar, die mit zunehmender Wärmedämmung und mit dem Gewinn solarer Wärme etwa durch Fenster immer kürzer wird. Wenn keine Wärme gebraucht wird, also die meiste und zunehmend lange Zeit im Jahr, wird der Strom mit schlechterem Wirkungsgrad erzeugt als in „normalen“ Kraftwerken, und die Wärme wird nicht genutzt. Das Anwendungspotential in Wohngebäuden ist deshalb gering, während Verwaltungsgebäude oder Sportstätten gute ganzjährige Anwendungsmöglichkeiten bieten. Das ist auch einer der Gründe dafür, warum die „große“ Kraft-Wärme-Kopplung so teuer ist, etwa durch neue Fernwärme-Versorgungsnetze, die ihre Wärme aus Groß-Heizkraftwerken beziehen.

Dr. Gerd Eisenbeiß, Bonn

Dr. Gerd Eisenbeiß

53229 Bonn, 22. Juli 2005

An SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

nicht gedruckt

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der schon länger laufenden Debatte über Evolution, ID und dem Artikel in der SZ vom 21.07.2005, S. 8 „Vom Kosmos zur Kreation“ möchte ich folgenden Beitrag leisten: eigentlich ist es doch egal, ob die Naturgesetze so sind, weil sie so sind, oder weil sie so „designed“ sind. Wichtig ist für religiöse Menschen doch insbesondere, ob sich ein persönlicher Gott per Gebet ansprechen oder per Ritual günstig beeinflussen lässt, ins Geschehen einzugreifen. Und was sagt die ID-Behauptung schon in Bezug auf Christus, Mohamed oder Buddha aus – von den unzähligen anderen Religionenstiftern, Göttern, Heiligen und Religionssystemen ganz abgesehen? Man stelle sich die Tragik vor, wenn Menschen ihr ganzes Leben auf eine „Wahrheit“ vertraut haben, Opfer dafür gebracht haben und „dann“ merken, dass sie in Amerika am falschen Platz geboren wurden, weil die Vorstellungen der in Indien oder am Kongo Geborenen die richtigen waren. Eben dieser Zusammenhang zwischen der Geburtsregion und Elternhaus einerseits und der Glaubensüberzeugung andererseits macht es ja so unmöglich, irgend eine dieser religiösen Spekulationen für richtig zu halten. Da ist doch zumindest für Christen ganz angenehm, dass „ihr“ Gott gnädig ist und schließlich verzeihen wird, wenn man auf Erden seine Gabe, nämlich die Vernunft, genutzt hat und skeptische Distanz zu unbewiesenen Behauptungen gehalten hat.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gerd Eisenbeiß

53229 Bonn, den 25.07.03

An SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

nicht gedruckt

Leserbrief zu Nikolaus Pipers Beitrag „Unter unseren Verhältnissen“ (SZ 167, S.13)

Bezug: Mein nicht abgedruckter Leserbrief von vor etwa 4 Wochen

Sehr geehrte Damen und Herren!

Bravo! Endlich eine verständliche Darstellung darüber, was Staatsschulden mit der Belastung unserer Kinder zu tun haben: wir hinterlassen ein soziales Problem, weil die einen nur die Schulden, die anderen (nämlich die Kinder wohlhabender Eltern) auch die Guthaben als Vermögen erben – ein Umstand, der auch in der Rentendebatte zu wenig berücksichtigt wird. Die kluge Analyse hätte in Hinblick auf die aktuelle Debatte über die „Gegenfinanzierung“ der vorgezogenen Steuerreform im selben realökonomischen Sinne noch ein Stück weiter geführt werden können.

Konjunkturpolitisch macht diese Steuersenkung doch nur Sinn, wenn tatsächlich Kaufwille und Kaufkraft geschaffen werden; die Gegenfinanzierung sollte also prinzipiell nicht Kaufkraft entziehen, was dem Subventionsabbau enge Grenzen setzt. Konjunkturpolitisch ist also richtig, was verschuldungspolitisch falsch ist, nämlich: denen Geld zu entziehen, die eher sparen als konsumieren, und es denen zu geben, die eine hohe Konsumquote haben. Abgesehen von politisch so unmodernen Rezepten höherer statt niedrigerer Spitzensteuersätze (warum eigentlich so unmodern?) bleibt dann nur noch die Anleihe bei denen, die sparen wollen (und können), also die zusätzliche Verschuldung des Staates bei seinen wohlhabenden Bürgern. Nicht konsistent und sozialpolitisch ein Ärgernis ist dabei allerdings, dass Bezieher hoher Einkommen individuell viel höhere Entlastungen erfahren als jene, deren Konsum angeregt werden soll. Konsequenter wäre ein Steuertarif, bei dem die Spitzensteuersätze blieben und höchstens zu höheren Einkommen verschoben würden. Schade, dass Rot-Grün hier enttäuscht.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gerd Eisenbeiß

Dr. Gerd Eisenbeiß

53229 Bonn, 14. Juni 03

An SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

nicht gedruckt

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Marc Beises begrüßenswertem und richtigem Artikel „Es ist kein Geld mehr da“ (SZ vom 14.06., S.21) ein kleiner, aber wichtiger Zusatzgedanke:

In der Generationenbilanz erben unsere Nachkommen nicht nur unsere Schulden, sondern auch unsere Guthaben! Kinder wohlhabender und in Schuldpapieren sparender Eltern erben also Ansprüche und Verpflichtungen, während Kinder ohne Erbe nur die Rückzahlungsverpflichtungen an ihre Generationsgenossen übernehmen müssen. Dies kann die künftige Gesellschaft wegen steigender Vermögensunterschiede schwer belasten.

Allerdings zeigt dies auch, dass unsere Generation nicht auf Kosten der nächsten wirtschaftet – jedenfalls soweit es um die Staatsschulden geht und nicht um Rohstoffe oder Umweltschäden. Vielmehr konsumieren in unserer Generation Zeitgenossen auf Kosten derjenigen, die zeitgleich ihr Ersparnis dem Staat leihen – also auf entsprechenden Konsum verzichten.

Was wir also mit der nicht mehr vertretbaren Staatsverschuldung anrichten, ist nicht ein Wohlstands- oder Ressourcenentzug gegenüber den Nachkommen insgesamt, sondern das Hinterlassen eines sozialen und politischen Sprengsatzes zwischen den Erben des Reichtums und den Erben der Schulden. Dies wäre aus deutscher Sicht nur dann anders, wenn die öffentlichen Schulden in erheblichem Maße bei nichtdeutschen Gläubigern gemacht würden; das ist meines Wissens aber nicht der Fall.

Die Tatsache, dass realökonomische Transfers stets nur zeitgleich möglich sind, ist übrigens auch der Grund, warum das Rentenproblem bei Überalterung einer Gesellschaft nicht durch Systemwechsel von Umlage auf Kapitaldeckung gelöst werden kann: der durch Renten ermöglichte Konsum nicht mehr arbeitender alter Menschen muss immer durch entsprechenden Minderkonsum der Arbeitenden aufgebracht werden.

Mit freundlichen Grüßen

gedruckt am 18.3.2002

Dr. Gerd Eisenbeiß

53229 Bonn, 10.März 02

An SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der schlimme Korruptionsverdacht, der nun auf die Kölner SPD gefallen ist, sollte Gelegenheit sein, ein Grundelement des Übels bei der Parteienfinanzierung aufzugreifen: die skandalöse Selbstverständlichkeit, mit der Parteispenden von Unternehmen und Organisationen erlaubt sind. Wie kann man denn annehmen, dass Unternehmen spenden - außer um des eigenen Vorteils willen – dürften sie es denn sonst nach dem Aktiengesetz? Und das ist doch bereits Korruption!

Es muss in einer rechtsstaatlichen Demokratie allein den Wahlbürgern und Parteimitgliedern überlassen bleiben, nach ihrer politischen Präferenz und aus ihrem privaten Vermögen zu spenden. Einer Firma darf keine politische Einflussnahme aus Unternehmensmitteln gestattet sein, denn ihr Geld gehört letztlich den Anteilseignern oder Aktionären, die aus ihrem entnommenen Gewinn gerne spenden dürfen, soviel sie wollen und können.

Es ist auch Teil notwendiger Empörung, dass ich als Aktionär mit ansehen muss, wie ein Vorstand einen Teil meines Anspruchs an Parteien verteilt, die ich gar nicht unterstützen will!

Man wird einwenden, dass dann die Parteien pleite seien. Triviale Antwort: sie dürfen eben auch nur soviel ausgeben, wie sie einnehmen. Punkt. Über die Medien haben die Politiker während der Zeit ihres Mandats so viele Möglichkeiten, sich und ihre Politik darzustellen, dass die verdummenden Werbekampagnen vor Wahlterminen weiß-Gott entbehrlich sind!

Mit freundlichen Grüßen

gedruckt am 27.6.2001

Dr. Gerd Eisenbeiß

53229 Bonn, 15.Juni 2001

An SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur irischen Volksabstimmung über den Nizza-Vertrag (heutige SZ, Kommentar S.17) möchte ich folgende Bemerkung machen:

Man kann nicht oft genug vor der Illusion warnen, Volksabstimmungen seien demokratische Sachentscheidungen. Sie sind weder demokratisch, solange die absolute Zahl der jeweiligen Ja-Stimmen unter der Wahlzustimmung der parlamentarischen Mehrheit liegt, noch Sachentscheidungen; schließlich wird doch jede Volksabstimmung als Schlachtfeld der Machtinteressen der Parteien missbraucht werden.

Wieso können 18% (54% bei 34% Abstimmungsbeteiligung) der wahlberechtigten Iren ein Vetorecht in Europa beanspruchen? War es nicht auch in Deutschland vor Jahren albern, eine Volksbefragung in NRW zum Schulsystem ernst zu nehmen, bei der die agitierende Oppositionspartei noch nicht einmal die eigene Anhängerschaft zur gewünschten Stimmabgabe mobilisieren konnte?

War es etwa noch eine Sachentscheidung zur Kernenergie in Österreich, als der Bundeskanzler (damals SPÖ) seinen Rücktritt für den Fall eines Ergebnisses gegen Zwentendorf (Standort des umstrittenen Kraftwerks) angekündigt hatte, so dass eher links wählende Kernenergiegegner oft genug pro Kanzler und Kernenergie abstimmten, während oppositionelle Wähler trotz Kernenergiebefürwortung dagegen stimmten, um der SPÖ eine Niederlage zu bescheren?

Nein! Wehret den Anfängen solcher plebiszitären Illusionen, insbesondere auf Bundes- und Landesebene; auf kommunaler Ebene ist der Schaden wenigstens nicht ganz so groß und der Kater nach sachfremd mobilisierten Minderheitsentscheidungen, die wegen undemokratisch niedriger Quoten zu Mehrheitsvoten verfälscht werden, möglicherweise heilsam.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gerd Eisenbeiß

53229 Bonn, 15.Dezember 00

An SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

nicht gedruckt

Sehr geehrte Damen und Herren,

Selten wird so krass dummes Zeug geschrieben, wie wenn es um Wasserstoff geht. So feiert auch Andreas Hoffmann in der SZ vom 12.12.00 („Die Grünen entdecken das Auto“) die Vorzüge des Wasserstoffs verführerisch, aber eben falsch: er sei „– anders als Öl – grenzenlos verfügbar“. Weiß A. H. denn nicht, dass Wasserstoff aus Energierohstoffen wie Koh-

le, Gas und Öl unter Verlusten „hergestellt“ werden muss – durch Reforming oder Elektrolyse etwa?

Dass Wasserstoff grenzenlos im Wasser gebunden enthalten ist, ist völlig irrelevant. Entscheidend ist, ob man Wasserstoff kostengünstig genug auf der Basis von Sonnenenergie oder Biomasse bereitstellen kann. Wasserstoff an sich kann Öl so wenig verdrängen, wie Brot kein Getreide verdrängt. Nur Solar- oder Kernenergie können dies leisten – je nach Akzeptanz der Technologien und ihrer Kosten.

Damit ist übrigens nichts gegen die Technologie der Brennstoffzellen gesagt; sie verspricht hohe Effizienz und Umweltfreundlichkeit, wird aber erst dann ihre Vorzüge voll zur Geltung bringen können, wenn der notwendige Wasserstoff ohne Emission von Treibhausgasen, also klimaneutral erzeugt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gerd Eisenbeiß

53229 Bonn, den 06.09.00

An SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

nicht gedruckt

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Ihrem Artikel „Ungeliebte Ökumene“ von heute:

Es ist nicht richtig, sich über die katholische Kirche lustig zu machen, wenn sie mit „Dominus Iesus“ konsequent zu ihren Grundlagen aus Bibel und Tradition steht; sie verhält sich logisch!

Unlogisch verhalten sich doch nur diejenigen, die die vorgeschriebenen Glaubensinhalte nicht glauben, nicht für wahr halten und nicht danach leben, und die trotzdem nicht austreten.

Sie wären ja sogar von der katholischen Kirche als gläubige Menschen anerkannt mit „Elementen der Religiosität, die von Gott kommt“.

Mich wundert nur die Lang- und Demut der Mitglieder dieser religiösen Glaubensrichtung, nicht aber die starre Konsequenz der Kirche; denn wie sollte die plötzlich erklären können, dass sich irgend etwas doch anders verhält, als sie vorher „unfehlbar“ verkündet hat.

Mit freundlichen Grüßen

gedruckt am 28.7.2000

An Redaktion VDI-Nachrichten

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Ihrer Aufforderung, die Chancen eines emissionsfreien Autos zu kommentieren, folge ich mit folgender Stellungnahme. Ich tue dies mit dem Hintergrund meiner Erfahrungen mit den

Themen rationelle Energieverwendung, erneuerbare Energien und solarer Wasserstoff sowohl als Verantwortlicher im BMFT 1982-1989 wie auch als Programmdirektor im DLR seit 1990:

„Es gibt aus heutiger Sicht keine auch nur annähernd realistische Perspektive auf emissionsfreies Autofahren, d.h. frei von noxischen, toxischen und klimawirksamen Emissionen. Nur indirekt ist einiges zu erreichen: rationelle Energieverwendung und erneuerbare Energien müssen so viel Kohlewasserstoffe als technisch-wirtschaftlich vertretbar aus der Wärme- und Strombereitstellung verdrängen, damit wir diese fossilen Energieträger mit einigermaßen gutem Gewissen in möglichst sparsamen Autos einsetzen können.

Diese ökologisch unbefriedigende Situation ist kostenbedingt: prinzipiell könnte solarer Strom in batteriebestückten Elektrofahrzeugen oder solarer Wasserstoff dem Ziel der Emissionsfreiheit (bis auf die mit der Herstellung der Anlagen verbundenen Emissionen!) weitgehend entsprechen.

Der von Rezzo Schlauch angesprochene Weg über Elektrolyse kann Wasserstoff auch bei besten Wirkungsgraden nur teurer bereitstellen, als der dabei verbrauchte Strom kostet. Solarer Strom könnte eventuell für etwas unter 0,20 DM/kWh_e produziert werden – allerdings nur aus thermischen Solarkraftwerken mit Gaszuführung, die nur im Sonnengürtel der Welt – also etwa im südlichen Mittelmeerraum – betrieben werden können. Der dann produzierte Wasserstoff dürfte daher auch am Kraftwerksstandort nur zu etwa 0,30 DM/kWh verfügbar sein. Das Äquivalent eines Liters Öl mit seinen etwa 10 kWh Energieinhalt käme dann auf etwa 3 DM anstelle von gut 0,30 DM bei 24\$ pro Fass Öl.

Fazit: unter marktwirtschaftlichen Bedingungen dürfte es emissionsfreies Auto aus gutem Grund nicht aus Gas Strom als aus Strom Gas!

Die viel geförderte Photovoltaik würde übrigens die Kosten um etwa das fünf-fache steigen lassen; ihr Kostensenkungspotenzial wird diesen Abstand sicher noch erheblich verringern, aber nicht verschwinden lassen. Wo billigerer Windstrom auch deutlich unter 0,10 DM/kWh_e verfügbar ist, ist es ebenfalls auch ökologisch wesentlich effizienter, fossile Kraftwerke zurückzufahren als den aufwendigen Wasserstoffweg zu gehen.

Bleiben vier Erwägungen:

- Kann man solaren Wasserstoff nicht ohne Elektrolyse etwa thermochemisch herstellen? Antwort ja, aber dann wird er noch teurer.
- Kann man Wasserstoff, Rapsöl oder Bioalkohole nicht aus Biomasse und damit wenigstens klimaneutral herstellen? Antwort ja, aber weder emissionsfrei noch in großen Mengen. In begrenztem Umfang kann man Abfälle in kraftstoffgeeignete Energieträger (Methanol, Äthanol, Wasserstoff) umwandeln; auch hier ist aber wahrscheinlich der Einsatz der Biomasse zur Substitution von Öl und Gas im Strom- und Wärmemarkt kostengünstiger. Strategien, Kraftstoffe für unsere Fahrzeuge weltweit aus Energiepflanzen zu gewinnen, verbieten sich meines Erachtens aus moralischen Gründen, solange Energiepflanzen und Welternährung bei verbreitetem Hunger und Ausbreitung der ariden Zonen in Konkurrenz um die abnehmenden Flächen bebaubaren Bodens stehen. Deutscher Rapsanbau und Rapsmotoren sind kein Gegenbeweis, sondern absurde Folge einer nur sozialpolitisch verständlichen Agrar(subventions)politik in der EU.
- Kann man den Wasserstoff nicht aus Erdgas gewinnen? Antwort: natürlich ja, aber dann hat man die CO₂-Emissionen beim Reforming. Diese Strategie ist nur vertretbar, wenn die Umwandlung dieses Wasserstoffs in Fahrleistung letztlich weniger CO₂ frei

setzt, als dies bei Erdgasfahrzeugen mit Verbrennungsmotor der Fall wäre. Hier bieten Brennstoffzellen eine Option, wenn die heute gesteckten Entwicklungsziele an Kosten, Effizienz, Kompaktheit und Lebensdauer erreicht werden.

- Kann man nicht mit Solarstrom (Elektro-)Auto fahren? Antwort: natürlich ja, aber mit den Kosten und Beschränkungen der Batterien, die zu schwer und zu teuer sind. Vielleicht gibt es hier noch einmal neue Ansätze für praktikablere Lösungen. Immerhin würde dabei Solarstrom im Prinzip über jede Steckdose direkt in die Antriebsbatterie fließen können, anstatt den Umweg über Elektrolyseure, Wasserstoffinfrastruktur und Spezialtankstellen zu nehmen und erst dann die Fahrzeugbatterie (in diesem Fall eine Brennstoffzelle plus Wasserstoffspeicher) zu laden.

Fazit: unter marktwirtschaftlichen Bedingungen dürfte es emissionsfreies Autofahren erst bei einem Preisniveau für Kraftstoffe geben, das heute nur unter Inkaufnahme von Volksaufständen vorstellbar ist. Es ist daher viel ökologischer, CO₂ im Strom- und Wärmemarkt zu reduzieren, als nach regenerativen Kraftstoffen zu rufen. Das Motto muss doch sein: mehr Umwelt- und Klimaschutz fürs Geld!“

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gerd Eisenbeiß

Dr. Gerd Eisenbeiß

53229 Bonn, den 01.04.00

An SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihrem Artikel „Da staunt der Laie“ und der Problematik von Volksabstimmungen möchte ich mein eigenes Staunen entgegensetzen. Wie kann man es für demokratisch halten, wenn eine Minderheit der Wahlberechtigten etwas entscheidet. Allenfalls könnte man 50% der Wahlbeteiligung der letzten Wahl auf der betreffenden Staatsebene für ausreichend halten, ein gewähltes Parlament zu überstimmen.

Ist nicht auch zu bedenken, dass Volksabstimmungen nach aller Erfahrung extrem abhängig verlaufen von der Art der Fragestellung? Das kennen wir doch auch von Meinungsumfragen! Schon der Name entsprechender Initiativen wird unter dem Gesichtspunkt der Bauernfängerei gewählt (man denke nur an Initiativen der Bezeichnung „Das bessere ...-Konzept“); unwillige Regierungen werden die Abstimmungen stets mit der Machtfrage verknüpfen; man denke an die Kernenergieabstimmung in Österreich, als Kernenergiefreunde gegen das KKW Zwentendorf gestimmt haben und Gegner dafür, weil der damalige Kanzler mit seinem Rücktritt gedroht hat, wenn seine zur Gegnerschaft tendierende Partei nicht für Zwentendorf stimme. Schließlich zeigt uns Existenz und Wirken der Werbewirtschaft, was man im Markt mit entsprechendem Etat alles hinkriegen kann – das gilt auch für den Meinungsmarkt.

Bleibe das Argument „Mehrheit ist Mehrheit“ – egal wie hoch die Beteiligung an einem Plebiszit ist; wer nein sagen wolle, solle es doch! Dies Argument verkennt, dass wir alle nicht ständig über alle möglichen Anliegen nachdenken, uns informieren oder gar entscheiden wollen; d.h. dass eben nur die Engagierten zur Abstimmung gehen und die nicht abstim-

menden Bürger keineswegs als neutral verbucht werden dürfen. Stimmenthaltung bringt hierbei zum Ausdruck, dass die vorgeschlagene Änderung nicht gewollt wird.

Auch wenn das weinerliche Klagen über faire und deshalb hohe Quoren nicht verstummen will, kann es doch nicht Ziel einer demokratischen Ordnung sein, Minderheitsentscheidungen möglich zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gerd Eisenbeiß

53229 Bonn, den 04.09.99

An SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zu Ihrem Artikel „Mittelstand lehnt Beteiligung an Fonds für Zwangsarbeiter ab“ möchte ich mein schon lange gehegtes Unbehagen formulieren: ich stelle überhaupt nicht in Frage, daß die Deutschen auch heute noch denen Leistungen schuldig sind, die unter dem Nazi-Regime gelitten haben und bisher nichts erhalten haben. Dazu gehören offenbar auch viele Zwangsarbeiter.

Aber: was haben die heutigen Aktionäre, Vorstände und Belegschaften damals beteiligter Firmen – ob groß oder klein – in so spezifischer Weise mit den zu leistenden Zahlungen zu tun, daß sie zur Kasse gebeten werden? Sind wir sicher, daß nicht auch Erben der Opfer oder Angehörige und Verwandte derselben zu den Eigentümern b.z.w. Aktionären solcher Firmen gehören? Wie absurd, sie dann in spezifischer Weise zu Zahlungen zu verpflichten! Für mich ist offenkundig und ohne Alternative richtig, daß nur das deutsche Volk insgesamt und damit der Steuerzahler für die Schäden und Greuel aufzukommen hat, die seine Vorfahren verbrochen haben. Sollte das Geld wegen des unabweisbaren Sanierungsbedarfs der öffentlichen Finanzen fehlen, empfehle ich eine Vermögensabgabe, die die SPD vor der Wahl voller Überzeugung versprochen hat und heute ärgerlicherweise für abwegig erklärt.

Mit freundlichen Grüßen